



V 6458 E

31.a

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 8

August 1974

Aufsätze:

Ausländer ✕

Betriebsstruktur im Gartenbau

Öffentlicher Tiefbau

Außenhandel

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

## BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1973	1974	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Januar bis Mai		
<b>INDUSTRIE<sup>1</sup></b>				
Produktionsindex	1962 = 100	181	195	+ 8
Beschäftigte	1 000	186	186	+ 0
Umsatz <sup>2</sup>	Mill. DM	1 381	1 621	+ 17
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	23	22	- 2
<b>BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT</b>				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	8,0	p 7,3	- 9
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 511	1 824	- 27
<b>HANDEL</b>				
Ausfuhr	Mill. DM	273,5	358,8	+ 31
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	221,8	304,6	+ 37
<b>VERKEHR</b>				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	9 508	6 896	- 27
<b>PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)</b>				
Index der Einfuhrpreise	1970 = 100	...	...	...
Grundstoffpreise <sup>3</sup>	1962 = 100	116,3	142,0	+ 22
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte <sup>3</sup>	1962 = 100	121,3	136,4	+ 12
landwirtschaftlicher Produkte <sup>3</sup>	1961/63 = 100	123,5	117,2	- 5
Lebenshaltung <sup>4</sup>				
insgesamt	1970 = 100	116,7	125,3	+ 7
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	116,8	122,6	+ 5
<b>GELD UND KREDIT</b>				
Bestand am Monatsende				
kurzfristige Kredite <sup>5</sup>	Mill. DM	4 648	5 250	+ 13
mittel- und langfristige Kredite <sup>6</sup>	Mill. DM	16 365	18 235	+ 11
Spareinlagen	Mill. DM	7 382	7 829	+ 6
<b>STEUERAUFKOMMEN</b>				
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer <sup>7</sup>	Mill. DM	100	107	+ 7
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	48	53	+ 11
Lohnsteuer	Mill. DM	146	167	+ 14
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	215	243	+ 13

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke    2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer  
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer    4) alle privaten Haushalte    5) an die Nichtbankenkundschaft  
6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite    7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 8/74

	Seite
Aktuelle Auslese . . . . .	165
 Aufsätze	
Die Ausländer in Schleswig-Holstein in demografischer Sicht . . . . .	166
Die Betriebsstruktur im Gartenbau . . . . .	171
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1973 . . . . .	175
Der Außenhandel Schleswig-Holsteins im Jahre 1973 . . . . .	179
 Tabellenteil . . . . .	 Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) . . . . .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten  
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

# Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

## Heft 3 / 1974

Bruttoinlandsprodukt  
Fachhochschulstudenten  
Bauhauptgewerbe  
Vermögensteuer

## Heft 4 / 1974

Wirtschaftliches Wachstum 1973  
Investitionen 1972  
Umsätze 1972  
Arbeitskräfte Landwirtschaft  
Baumschulen  
Industrielle Kleinbetriebe  
Einzelhandelsumsätze

## Heft 5 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 1)  
Gesundheitswesen  
Straßenverkehrsunfälle

## Heft 6 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 2)  
Verarbeitende Industrie  
Preisindex für die Lebenshaltung

## Heft 7 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 3)  
Hochbau 1973  
Verdienste im Vergleich  
Versteuerte Bruttolöhne 1971



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 8

August 1974

### Aktuelle Auslese



#### Auslandsnachfrage hält Produktion auf hohem Niveau

In der schleswig-holsteinischen verarbeitenden Industrie waren im Durchschnitt der Monate Januar bis Juni 1974 rd. 186 500 Beschäftigte tätig. Damit hat sich die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem ersten Halbjahr 1973 kaum verändert. Der Umsatz betrug jedoch im ersten Halbjahr 1974 nahezu 10 Mrd. DM, das sind 18 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese Zuwachsrate ist allerdings überwiegend eine Folge des Preisanstiegs bei industriellen Erzeugnissen. Die reale Umsatzsteigerung lag nur bei ungefähr 5 %.

Vom Industrieumsatz im ersten Halbjahr 1974 entfielen knapp 8 Mrd. DM auf den Inlandumsatz und 2 Mrd. DM auf den Auslandsumsatz. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1973 war die Ausweitung des Exports (+ 30 %) doppelt so groß wie die des Inlandabsatzes (+ 16 %).

Im ersten Halbjahr 1974 wurden 1,9 Mrd. DM für Löhne und Gehälter aufgewendet, 11 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum 1973. Der Personalkostenanteil (ohne Nebenkosten) am Umsatz sank daher um mehr als einen Prozentpunkt von 20,8 % auf 19,5 %.



#### 10 % weniger Beschäftigte im Bauhauptgewerbe

Im Durchschnitt der Monate Januar bis Juni 1974 waren rd. 55 600 Personen im Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins beschäftigt, 10 % weniger als im 1. Halbjahr 1973. Die geleisteten Arbeitsstunden reduzierten sich um 11 % auf 43,6 Mill. Stunden. Der Anteil des Wohnungsbaus an der Gesamtleistung – gemessen in Arbeitsstunden – macht jetzt nur noch 42 % aus gegenüber 47 % im 1. Halbjahr 1973.

Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe lag in den ersten sechs Monaten 1974 bei 1 024 Mill. DM. Der Rückgang gegenüber dem ersten Halbjahr 1973 machte damit 17 % aus.

Der Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe ist seit Ende 1973 nominal nahezu konstant geblieben. Er lag am 30. Juni 1974 bei 1 051 Mill. DM. In diesen sechs Monaten haben sich die Auftragsbestände im Hochbau um 5 % auf 692 Mill. DM verringert. Der Tiefbau konnte seinen Auftragsbestand in diesem Zeitraum um gut 12 % auf 358 Mill. DM erhöhen.



#### 18 400 Studenten in Schleswig-Holstein

Im Sommersemester 1974 waren an den Hochschulen in Schleswig-Holstein 18 400 Studenten immatrikuliert, davon über die Hälfte, nämlich 9 570 Studenten, an der Universität Kiel. Die Medizinische Hochschule Lübeck hatte 300 Studenten, die beiden pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg zusammen 4 043 Studenten, die Musikhochschule Lübeck 210 Studenten und die Fachhochschulen 4 277 Studenten.

Gegenüber dem Wintersemester 1973/74 hat die Studentenzahl um knapp 3 % abgenommen. Das hängt damit zusammen, daß der Zeitpunkt der Reifeprüfung im Frühsommer den Studienbeginn erst im folgenden Wintersemester ermöglicht. Vergleicht man dagegen die Studentenzahl des Sommersemesters 1974 mit den Zahlen der zurückliegenden Sommersemester, so läßt sich die Tendenz weiter steigender Studentenzahlen feststellen: gegenüber dem Sommersemester 1972 stieg die Zahl der Immatrikulierten um gut 7 % und gegenüber dem Sommersemester 1973 um rd. 3 %. Diese Entwicklung gilt nicht für die Fachhochschulen. Für sie ist seit dem Sommersemester 1972 eine abnehmende Tendenz der Studentenzahlen festzustellen.

# Die Ausländer in Schleswig-Holstein in demografischer Sicht

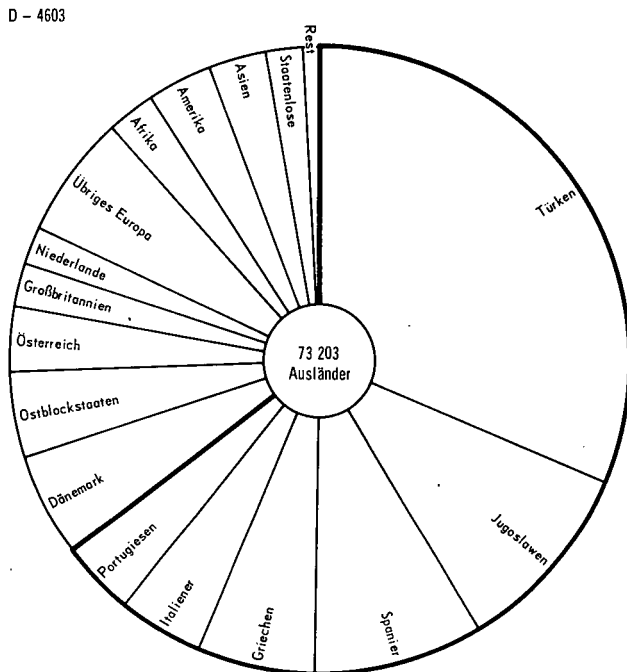
Am 30. September 1973 lebten - ohne die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte und der diplomatischen Vertretungen - 73 200 Ausländer in Schleswig-Holstein. Die statistischen Angaben über diese Ausländer beruhen auf der Hauptdatei des Ausländerzentralregisters. Es wird beim Bundesverwaltungsamt geführt. Dieses Amt stellt dem Statistischen Bundesamt von nun an für den 30. September eines Jahres bestimmte über die Ausländer gespeicherte Einzelangaben zur tabellarischen Auswertung zur Verfügung.

Ausländer stammt demnach von außerhalb Europas, 2 500 aus Nord- oder Südamerika, 2 200 aus Asien, 1 700 aus Afrika.

Das Anwachsen der Ausländerzahl ist in erster Linie durch den Arbeitskräftebedarf bedingt. Dies läßt deutlich das nachstehende Bild erkennen, das die Zunahme der Bevölkerungsteile aus den sechs Anwerbeländern darstellt<sup>1</sup>. Innerhalb von 6 Jahren ist die Zahl der Ausländer um 44 100 gestiegen; davon stammen 34 400 aus den Anwerbeländern. Der Anteil dieser Ausländer hat sich dadurch von 45% auf 65% erhöht. Die logarithmische Darstellung der Ausländerzahlen macht die unterschiedlichen prozentualen Veränderungen deutlich. Das Bild zeigt, daß die Zahl der Türken und die der Portugiesen relativ am stärksten steigen und daß das schnelle Anwachsen der Zahl der Jugoslawen 1970 endete. Seither verläuft die Zunahme der Jugoslawen in ruhigeren Bahnen.

Ausländer nach der Staatsangehörigkeit  
am 30.9.1973

Bild 1



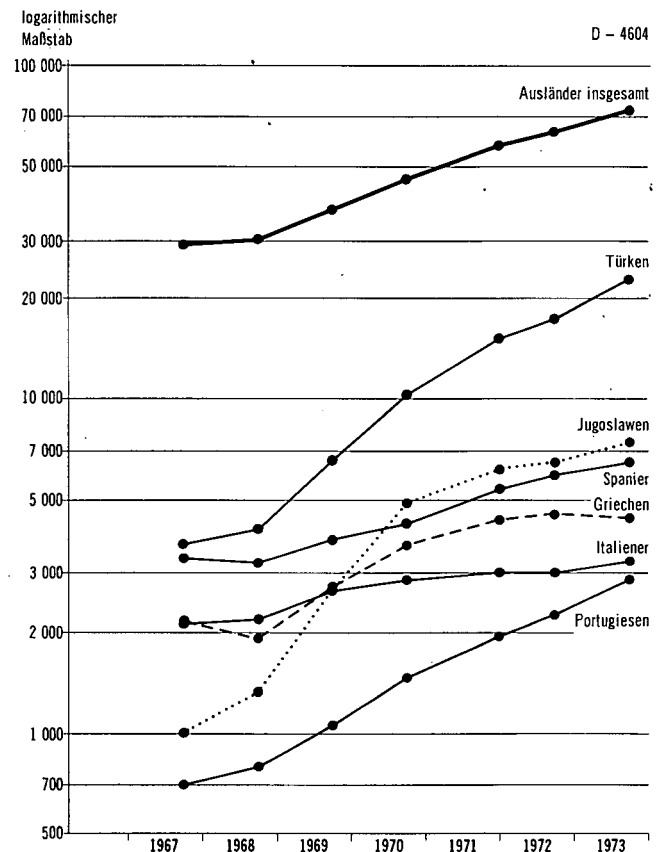
47 400 Ausländer, das sind fast zwei Drittel aller Ausländer, stammen aus den Anwerbeländern Türkei, Jugoslawien, Spanien, Griechenland, Italien und Portugal. Die weitaus stärkste Gruppe bilden die 22 900 Türken. Sie stellen nicht nur ungefähr die Hälfte aller Ausländer aus den genannten Anwerbeländern, sondern auch fast ein Drittel sämtlicher im Lande lebenden Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Der Abstand zu der am zweitstärksten vertretenen ausländischen Gruppe, den 7 500 Jugoslawen ist beträchtlich. Mehr als 5 000 Angehörige einer Staatsangehörigkeit stellen nur noch die 6 500 Spanier.

64 700 oder 88% aller Ausländer besitzen den Paß eines europäischen Staates. Nur jeder elfte

Ausländer aus den wichtigsten Anwerbeländern

Bild 2

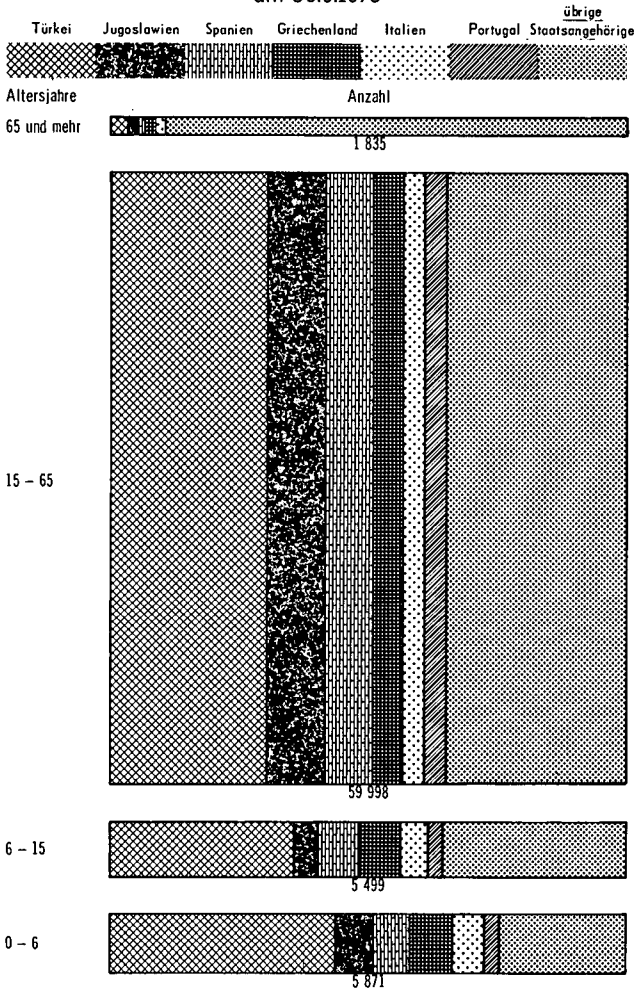
D - 4604



1) von 1967 bis 1971 auf Grund von Auszählungen der Ausländerkarteien bei den Kreisbehörden, 1972 und 1973 auf Grund des Ausländerzentralregisters



### Ausländer nach Alter und Staatsangehörigkeit am 30.9.1973



In welchem Maße die ausländische Bevölkerung eine Erwerbsbevölkerung ist, läßt sich dem dritten Bild entnehmen. 60 000 oder 82% aller 73 200 Ausländer stehen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Nur 1 800, also nicht einmal 3% sind älter als 65 Jahre. Die bedeutende Rolle, die den Angehörigen aus den sechs Anwerbeländern zukommt, ist auch in diesem Bild zu erkennen. Sie stellen 65% aller im erwerbsfähigen Alter Stehenden. Gleich hoch ist ihr Anteil bei den 6- bis 15jährigen. Von vier Kindern bis zu sechs Jahren besitzen drei eine der sechs genannten Staatsangehörigkeiten.

Der Wandel, der sich in der Zusammensetzung der Ausländerbevölkerung vollzog, läßt sich auch aus dem nächsten Bild ablesen, das im linken Teil den Altersaufbau der Ausländer 1973 mit dem zur Volkszählung von 1961 vergleicht. Der Wechsel zeigt sich nicht nur darin, daß 1973, auf die jeweilige Anzahl bezogen, prozentual mehr Ausländer im erwerbsfähigen Alter stehen, sondern vor allem in der ungleich stärkeren Besetzung der Jahrgänge, die eine besonders starke Erwerbsbeteiligung aufweisen.

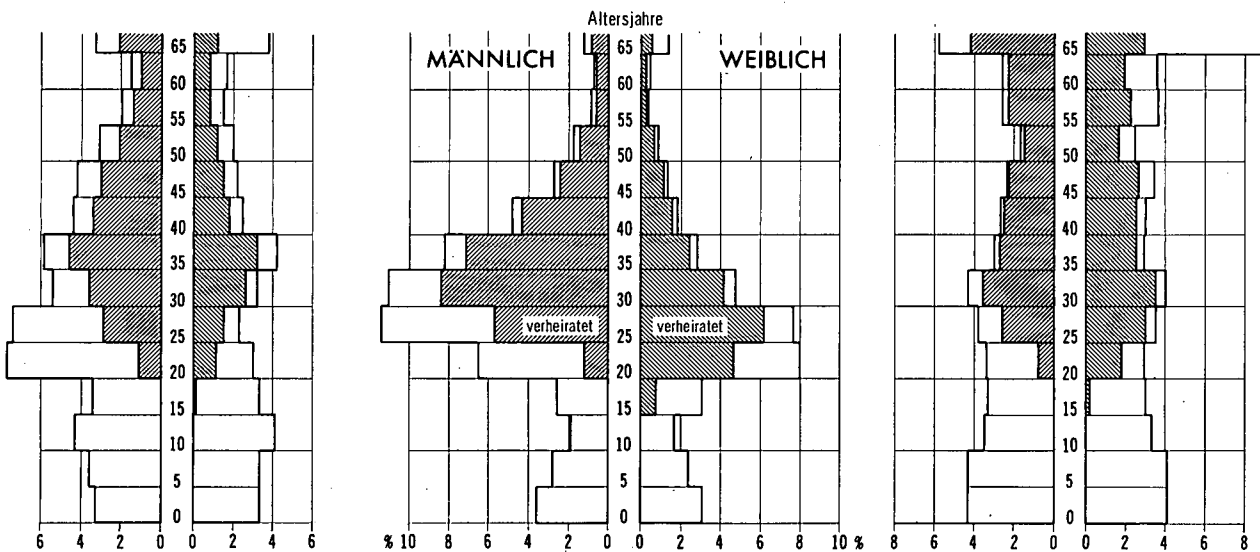
Im rechten Teil der Grafik wird der Altersaufbau der Ausländer 1973 mit dem Altersaufbau der gesamten Bevölkerung Schleswig-Holsteins vom 27. Mai 1970, dem Volkszählungstichtag, verglichen. Die Altersverteilung der Gesamtbevölkerung kann im großen und ganzen der deutschen Bevölkerung gleichgesetzt werden. Von der Gesamtbevölkerung stehen nur 62% im

### Veränderung im Altersaufbau

Ausländer am 6.6.1961

Ausländer am 30.9.1973

Gesamtbevölkerung am 27.5.1970



erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Von den Ausländern waren es, wie erwähnt, 82%. Auch hier fällt wieder auf, daß die Ausländer in erster Linie in unserem Land sind, um erwerbstätig zu sein.

Von den Ausländern sind, wie nicht anders zu erwarten, mit 60% beträchtlich mehr Männer und Jungen als Frauen und Mädchen. Es ist dasselbe Phänomen, daß sich immer wieder unter den Umziehenden innerhalb der eigenen Landesgrenzen wie - wenn man über die eigenen Grenzen hinaus blickt, unter den Ein- und Auswanderern, - zeigt. Erstaunlich viele der in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer sind verheiratet, nämlich 23 700 Männer und 16 900 Frauen, oder prozentual ausgedrückt, 54% der Männer und 57% der Frauen. Für die Gesamtbevölkerung ergaben sich bei der Volkszählung von 1970 Anteile von 52% und 47%. Nicht ohne Grund verbreitert sich der Alterskegel für die jüngsten Jahrgänge. Wie sich aus dem Vergleich der Zahl der Verheirateten ergibt, lebt allerdings eine ganze Anzahl von ihnen nicht zusammen. Dazu trägt das unterschiedliche generative Verhalten der Ausländer ebenfalls bei. Der Anteil der Lebendgeborenen mit fremder Staatsangehörigkeit an allen Lebendgeborenen lag 1970 noch bei 2,5%. Von 1971 bis 1973 stieg er über 3,7% und 5,0% auf 6,6%<sup>2</sup>.

In der letzten Spalte der Tabelle ist die Zahl der Ausländerinnen zu der der Ausländer in Beziehung gesetzt. Die niedrigen Relationen, die sich für die Kinder unter 15 Jahren ergeben, sollten nicht als Beweis für eine

statistische Untererfassung der Ausländerinnen gewertet werden, obwohl der hohe Jungenüberschuß im ersten Augenblick unerklärlich ist; zeigt doch ein Blick in das Demographic Yearbook<sup>3</sup> der Vereinten Nationen, daß in den Heimatländern der wichtigsten Ausländergruppen bei den Geburten ähnliche Sexualproportionen wie in Deutschland errechnet werden, also in der Nähe von 950 Mädchengeburten auf 1 000 Jungengeburten<sup>4</sup>. Die niedrigsten Relationen laut Tabelle werden vielmehr durch die Zahlen über die in unserem Lande geborenen Ausländer gestützt. Von den 3 586 im Zeitraum 1970 bis 1972 in Schleswig-Holstein geborenen Ausländern waren 1 676 Mädchen. Daraus ergibt sich eine Sexualproportion von 877 Mädchen je 1 000 Jungen. Die Geschlechterproportion unter den hier zur Welt gekommenen Ausländern schwankte sehr stark. 1970 betrug sie 870, 1971 805 und 1972 947 Mädchen je 1 000 Jungen.

Aus dem vom Bundesverwaltungsamt zur Verfügung gestellten Material läßt sich auch errechnen, wie lange sich die Ausländer in Deutschland bereits aufhalten. Jedoch gilt das ohne Einschränkung nur für jene Ausländer, die ununterbrochen in der Bundesrepublik leben. Die Aufenthaltsdauer läßt sich statistisch nämlich nur aus der Differenz der ersten Einreise und dem Auszählungstichtag errechnen. Da es aber Ausländer gibt, die mehrmals in die Bundesrepublik einreisen und wieder ausreisen, ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer mit Sicherheit zu hoch.

Die Ausländer nach Alter und Familienstand am 30. 9. 1973

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ausländer		Männlich			Weiblich			Frauen je 1 000 Männer
	insgesamt	%	zusammen	ledig	verheiratet	zusammen	ledig	verheiratet	
unter 5	4 922	6,7	2 649	2 649	.	2 273	2 273	.	858
5 - 10	3 808	5,2	2 062	2 062	.	1 746	1 746	.	847
10 - 15	2 640	3,6	1 383	1 383	-	1 257	1 257	-	909
15 - 20	4 168	5,7	1 921	1 886	34	2 247	1 692	550	1 170
20 - 25	10 567	14,4	4 729	3 856	867	5 838	2 353	3 438	1 235
25 - 30	13 977	19,1	8 344	4 134	4 169	5 633	1 001	4 526	675
30 - 35	11 555	15,8	8 025	1 833	6 118	3 530	348	3 096	440
35 - 40	8 114	11,1	5 994	736	5 181	2 120	173	1 856	354
40 - 45	4 899	6,7	3 527	345	3 114	1 372	99	1 201	389
45 - 50	3 001	4,1	1 945	144	1 727	1 056	83	871	543
50 - 55	1 920	2,6	1 230	118	1 039	690	68	510	561
55 - 60	905	1,2	581	77	451	324	40	199	558
60 - 65	892	1,2	539	71	413	353	35	212	655
65 und mehr	1 835	2,5	846	124	551	989	128	427	1 169
<b>Insgesamt</b>	<b>73 203</b>	<b>100</b>	<b>43 775</b>	<b>19 418</b>	<b>23 664</b>	<b>29 428</b>	<b>11 296</b>	<b>16 886</b>	<b>672</b>

2) vgl.: "Altersaufbau, Eheschließungen und Geborene der Ausländer in Schleswig-Holstein" in dieser Zeitschrift 1973, S. 30 ff. (Februar)

3) Demographic Yearbook 1969, United Nations, New York, 1970, Table 23 "Live births by sex"

4) lt. Statistischem Bundesamt in der Reihe "Allgemeine Statistik des Auslandes", Landesberichte - Türkei, 1972, S. 24, gibt es in der Türkei keine Statistik der Geburten, so daß über die Sexualproportion in der Türkei nichts ausgesagt werden kann



Die in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer nach Staatsangehörigkeit und der Aufenthaltsdauer  
in der Bundesrepublik Deutschland am 30. 9. 1973

Staatsangehörigkeit	Ausländer insgesamt	davon mit Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren							
		1	1 - 2	2 - 3	3 - 4	4 - 6	6 - 8	8 - 10	10 und mehr
Türkei	22 909	5 579	4 096	3 947	3 828	2 965	987	1 000	507
Jugoslawien	7 485	1 143	959	1 298	1 730	1 550	294	99	412
Spanien	6 473	1 241	970	975	732	872	421	444	818
Griechenland	4 418	372	647	726	793	733	288	343	516
Italien	3 279	341	305	362	371	596	258	265	781
Portugal	2 845	632	449	513	449	336	203	179	84
Dänemark	3 924	527	469	402	300	507	362	219	1 138
Übriges Europa	13 336	2 048	1 722	1 344	984	1 412	801	552	4 473
Afrika	1 739	265	367	474	283	95	63	55	137
Vereinigte Staaten	1 551	238	249	219	146	244	132	88	235
Übriges Amerika	988	144	189	156	119	139	71	49	121
Asien	2 187	366	304	281	241	297	179	145	374
Australien und Ozeanien	254	41	43	33	30	35	30	17	25
Staatenlos	1 555	5	22	16	17	62	38	23	1 372
Ungeklärt	160	3	1	3	4	5	3	5	136
Ohne Angabe	100	3	8	4	1	3	2	-	79
<b>Insgesamt</b>	<b>73 203</b>	<b>12 948</b>	<b>10 800</b>	<b>10 753</b>	<b>10 028</b>	<b>9 851</b>	<b>4 132</b>	<b>3 483</b>	<b>11 208</b>

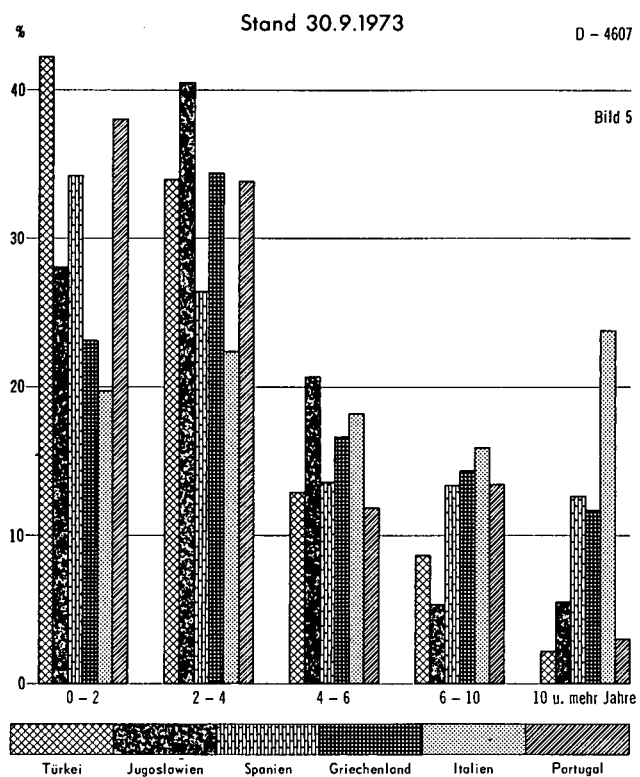
Die 2. Tabelle zeigt, daß 18% aller 73 200 in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer sich weniger als 1 Jahr in der Bundesrepublik aufhalten, fast ein Drittel noch nicht 2 Jahre, fast die Hälfte weniger als 3 Jahre. Die vorstehend genannte Einschränkung ist dabei immer zu bedenken.

Im Durchschnitt hält sich jeder hier lebende Ausländer viereinhalb Jahre in Deutschland auf. Das ergibt die Berechnung anhand der in der 2. Tabelle wiedergegebenen acht Zeitgruppen, wobei für die 11 200 Ausländer, die sich angeblich 10 und mehr Jahre in der Bundesrepublik aufhalten, zwölfteinhalb Jahre angesetzt wurden.

Am längsten halten sich erwartungsgemäß die Staatenlosen hier auf. Unter ihnen dürften sich viele befinden, die durch die Ereignisse im letzten Weltkrieg hier geblieben sind und die bei uns eine neue Heimat gefunden haben. Eine verhältnismäßig kurze durchschnittliche Aufenthaltsdauer muß sich für jene Staatsangehörigkeiten ergeben, die erst in den letzten Jahren zahlenmäßig stark zugenommen haben. Türken und Portugiesen sind daher mit durchschnittlich 3,0 und 3,4 Jahren mit am kürzesten in Deutschland. Die Italiener halten sich dagegen durchschnittlich schon 6 Jahre hier auf. Die Dänen, die lange eine der stärksten Ausländergruppen stellten, leben im Durchschnitt etwas über 6 Jahre in Deutschland. Bei ihnen ist zu erwarten, daß sie diese Zeit auch fast ausschließlich in Schleswig-Holstein verbracht haben.

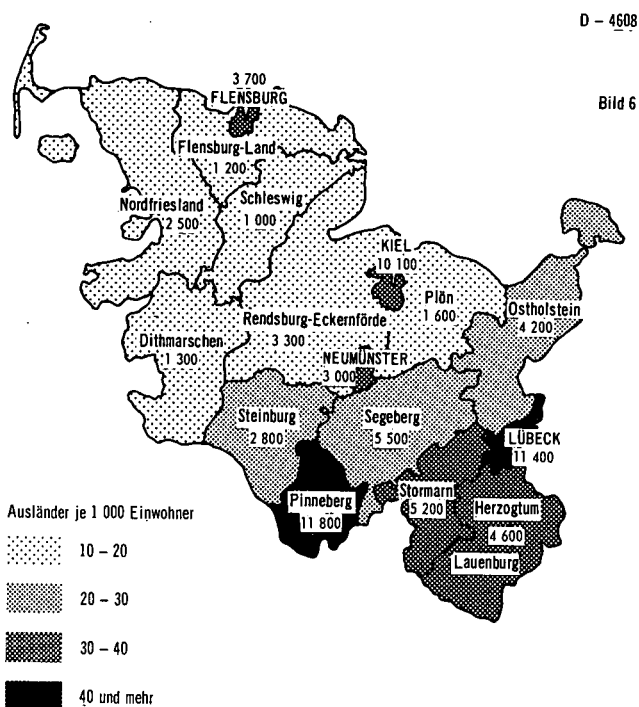
In Bild 5 ist für die sechs Anwerbeländer dargestellt, wie hoch der Anteil jeder Gruppe

Die Ausländer in Schleswig-Holstein aus 6 Anwerbeländern nach der Dauer des Aufenthalts in der Bundesrepublik

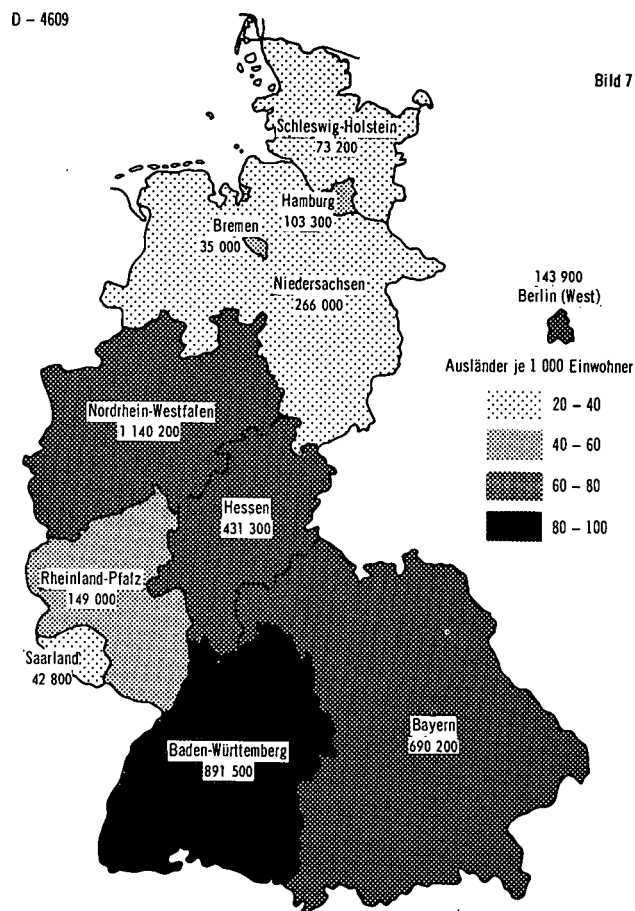


ist, die sich erst seit kurzem, die sich eine mittlere oder die sich eine längere Zeit in der Bundesrepublik aufhält. Die Balken zeigen, daß von den Türken und Portugiesen rund 40% noch nicht zwei Jahre in Deutschland leben, von den Italienern dagegen nur 20%. Von den

## Die Ausländer in den Kreisen am 30.9.1973



## Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland am 30.9.1973



Türken und Portugiesen leben prozentual auch am wenigsten 10 und mehr Jahre hier.

Am 30. September 1973 hatte Schleswig-Holstein 2 579 600 Einwohner. 73 200 davon waren, wie mehrfach erwähnt, Ausländer. Von 1 000 Einwohnern besaßen demnach 28 eine fremde Staatsangehörigkeit. Bild 6 zeigt, daß diese Relation nur ein grober Durchschnitt ist. In den nördlichen Kreisen des Landes liegt der Anteil darunter, in den kreisfreien Städten und den Hamburg nahegelegenen Kreisen zum Teil beträchtlich darüber. Am geringsten ist er mit 10 Ausländern je 1 000 Einwohner in den Kreisen Dithmarschen und Schleswig, am höchsten mit 47% und 48% im Kreis Pinneberg und in Lübeck. In den vier kreisfreien Städten leben 38%, in den vier Kreisen um Hamburg 37% aller Ausländer.

Daß sich die Dänen vor allem in den nördlichsten Kreisen einschließlich der Stadt Flensburg aufhalten, kann nicht überraschen. Dagegen fällt ins Auge, daß 43% aller Spanier im Kreis Pinneberg leben. Gleiches gilt für die Tatsache, daß zwei Drittel aller Portugiesen in den Kreisen Stormarn, Pinneberg und Segeberg gemeldet sind.

Ein ähnliches Nord-Südgefälle wie in Schleswig-Holstein zeigt sich auch für den Bund, wie Bild 7 zeigt. Schleswig-Holstein und Niedersachsen weisen, sieht man vom Saarland ab, die geringsten Ausländerdichten auf. Die

Die Ausländer in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik Deutschland am 30. 9. 1973

Ausgewählte Staatsangehörigkeit	Schleswig-Holstein		Bundesrepublik Deutschland	
	Ausländer in 1 000	%	Ausländer in 1 000	%
Europa	64,7	88,3	3 539,6	91,7
Türkei	22,9	31,2	893,5	23,2
Jugoslawien	7,5	10,2	673,3	17,5
Spanien	6,5	8,8	286,1	7,4
Griechenland	4,4	6,0	399,2	10,3
Dänemark	3,9	5,3	8,9	0,2
Italien	3,3	4,4	622,0	16,1
Ostblockstaaten	3,1	4,2	102,7	2,7
Portugal	2,8	3,8	111,7	2,9
Österreich	2,4	3,3	158,8	4,1
Großbritannien und Nordirland	1,8	2,3	46,7	1,2
Niederlande	1,4	1,8	105,8	2,7
Afrika	1,7	2,3	63,6	1,6
Amerika	2,5	3,4	94,2	2,4
Asien	2,2	2,9	100,3	2,6
Australien und Ozeanien	0,3	0,3	6,4	0,2
Staatenlose	1,6	2,1	29,8	0,8
Ungeklärt	0,3	0,3	24,3	0,6
<b>Insgesamt</b>	<b>73,2</b>	<b>100</b>	<b>3 966,2</b>	<b>100</b>

meisten Ausländer je 1 000 Einwohner leben in Baden-Württemberg, nämlich 97. Dort leben jedoch nicht die meisten Ausländer, obwohl ihre Zahl immerhin 891 500 erreicht. Das Land mit den meisten Ausländern ist Nordrhein-Westfalen. Dort leben über eine Million Ausländer. An diesen Zahlen gemessen nehmen sich die 73 200 Ausländer in Schleswig-Holstein recht bescheiden aus. Lübeck ist, wie erwähnt, mit 48 Ausländern je 1 000 Bürger von allen kreisfreien Städten des Landes diejenige mit der höchsten Ausländerdichte. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 62 Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern. Davon haben 48 einen höheren Ausländeranteil unter ihren Bürgern als Lübeck. In Offenbach am Main ist fast jeder fünfte Einwohner Ausländer. In München ist ihr Anteil mit 17% und in Stuttgart und Frankfurt am Main mit 16% kaum geringer.

Als erste Stadt aus Nordrhein-Westfalen folgt Remscheid mit 14% auf dem fünften Platz.

Ein Blick auf die 3. Tab. zeigt, daß in Schleswig-Holstein wie in der Bundesrepublik Deutschland die Türken und die Jugoslawen die erste und zweite Stelle unter den Ausländern einnehmen. Während in Schleswig-Holstein an dritter Stelle die Spanier folgen, folgen in der Bundesrepublik dagegen die Italiener. Für die Italiener zeigen sich auch die größten Unterschiede: In Schleswig-Holstein machen sie nur 4% aller Ausländer aus, in der Bundesrepublik dagegen mit 16% viermal so viel. Daß die Dänen außerhalb unseres Bundeslandes mit 0,2% keine Rolle spielen, kann nicht überraschen.

Gustav Thissen

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht A 1 4 enthalten. Vergleiche auch: "Ausländer im Bundesgebiet" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 259 (April)

## Die Betriebsstruktur im Gartenbau

1972 wurden mit der Gartenbauerhebung in Schleswig-Holstein 3 861 Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen zum Verkauf festgestellt. Diese Betriebe bewirtschafteten zusammen eine gärtnerische Nutzfläche von 12 929 ha. Vergleicht man diese Zahlen mit den Ergebnissen der Gartenbauerhebung 1961, so ergibt sich eine Einschränkung der gärtnerischen

Nutzfläche um 22% und ein Rückgang der Betriebszahl um 50%. Weniger Betriebe gab es in allen Größenklassen nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche, obwohl 1972 auch reine Forstbaumschulen mit erfaßt worden sind, die 1961 noch nicht mitgezählt worden waren<sup>1</sup>.

Betriebe mit erwerbsmäßigem Anbau von Gartengewächsen zum Verkauf 1961 und 1972

Größenklasse der landwirtschaftlich genutzten Fläche in ha	1961 <sup>a</sup>		1972		Veränderung	
	Zahl der Betriebe	gärtnerische Nutzfläche in ha	Zahl der Betriebe	gärtnerische Nutzfläche in ha	Zahl der Betriebe in %	gärtnerische Nutzfläche
unter 0,5	1 324	198	634	141	- 52,1	- 28,8
0,5 - 1	655	346	390	225	- 40,5	- 35,0
1 - 2	670	650	398	434	- 40,6	- 33,2
2 - 5	854	1 471	514	1 190	- 39,8	- 19,1
5 - 7,5	338	795	179	702	- 47,0	- 11,7
7,5 - 10	233	534	115	539	- 50,6	+ 0,9
10 - 20	990	1 930	308	1 531	- 68,9	- 20,7
20 und mehr	2 606	10 637	1 323	8 168	- 49,2	- 23,2
<b>Insgesamt</b>	<b>7 670</b>	<b>16 561</b>	<b>3 861</b>	<b>12 929</b>	<b>- 49,7</b>	<b>- 21,9</b>

a) ohne reine Forstbaumschulen

Hinter den dargestellten Gesamtzahlen verbergen sich sehr unterschiedliche Betriebsarten, Sparten und gartenbauliche Nutzungsarten. So zählen landwirtschaftliche Betriebe mit Feldgemüseanbau ebenso dazu wie Baumschulen und Unterglas-Zierpflanzenbetriebe. Wie im folgenden gezeigt werden soll, ist die Entwicklung der Betriebszahlen und der

Flächen in den einzelnen Betriebsarten und Sparten sehr unterschiedlich verlaufen.

1) Zusätzlich zum bundeseinheitlichen Programm sind 1961 in Schleswig-Holstein 188 reine Forstbaumschulen mit 556 ha Baumschulfläche festgestellt worden. Diese Betriebe und deren Flächen sind in den Vergleichszahlen 1961 der hier veröffentlichten Übersichten jedoch nicht enthalten

Bereits in dem Statistischen Bericht über die Gartenbauerhebung 1961<sup>2</sup> wurde ausgeführt, daß es sich bei den Betrieben, die Gartengewächse zum Verkauf anbauen, um eine sehr heterogene Betriebsgruppe handelt.

Zur weiteren Untergliederung werden - wie bei der Gartenbauerhebung 1961 - neben der gärtnerischen Nutzfläche die Betriebsart und die Hauptproduktionssparte herangezogen. Bei der Erhebung hatten die Inhaber der befragten Betriebe anzugeben, welche Anteile (in %) der Verkaufserlöse von Erzeugnissen des Betriebes - ohne Zukauf von Fertigwaren und ohne Gewerbebetrieb - in der Regel schätzungsweise auf die Gruppen Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen, Baumschulerzeugnisse, gärtnerischer Samenbau und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse (z. B. Getreide, Hackfrüchte, Vieh, Milch, Eier, Wein, Holz) entfielen.

Nach diesen Selbsteinschätzungen der Betriebsinhaber wurden die Betriebe unterschieden

1. nach dem Anteil der gärtnerischen Verkaufserlöse an den Gesamtverkaufserlösen in Betriebsarten

2. nach dem Anteil der Verkaufserlöse der verschiedenen gartenbaulichen Produktgruppen an den gärtnerischen Verkaufserlösen in Produktionsparten.

#### Die Betriebsarten

Gärtnerische Verkaufserlöse in % der gesamten Verkaufserlöse des Betriebes	Betriebsart
90 - 100 %	Reiner Gartenbau
50 - 90 %	Gartenbau mit Landwirtschaft
25 - 50 %	Landwirtschaft mit viel Gartenbau
bis 25 %	Landwirtschaft mit wenig Gartenbau

Diese Einteilung nach Betriebsarten läßt erkennen, wie weit heute noch Landwirtschaft im engeren Sinne und Gartenbau miteinander betrieblich verflochten sind.

Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen nach der Betriebsart 1972

Betriebsart	Betriebe		Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)		Gärtnerische Nutzfläche (GN)		Anteil der GN an der LF
	Anzahl	%	ha	%	ha	%	
Reiner Gartenbau	2 037	52,8	6 603	7,4	5 482	42,4	83,0
Gartenbau mit Landwirtschaft	283	7,3	3 918	4,4	1 394	10,8	35,6
Landwirtschaft mit viel Gartenbau	300	7,8	10 082	11,4	1 575	12,2	15,6
Landwirtschaft mit wenig Gartenbau	1 241	32,1	68 149	76,8	4 477	34,6	6,6
Insgesamt	3 861	100	88 752	100	12 929	100	14,6

Die dargestellten Ergebnisse zeigen, daß (ähnlich wie 1961) die Betriebsarten reiner Gartenbau einerseits und Landwirtschaft mit wenig Gartenbau andererseits überwiegen. Im ersteren Fall handelt es sich um die "Gärtnerereien" mit Gewächshäusern, Zierpflanzenproduktion oder um Baumschulen, die sehr oft auch noch auf bestimmte Produktgruppen hoch spezialisiert sind. Diese Gruppe stellt 53% aller in dieser Erhebung erfaßten Betriebe und 42% der gärtnerischen Nutzfläche. In die nächstbedeutende Sparte "Landwirtschaft mit weniger als 25% der gesamten Verkaufserlöse aus Gartenbau" fallen 32% der erfaßten Betriebe und 35% der gärtnerischen Nutzfläche. Hier handelt es sich fast ausschließlich um Feldgemüseanbauer, vor allem Kohlanbauer. Bezeichnend ist, daß die gärtnerische Nutzfläche (Gemüseanbaufläche) in diesen Betrieben

nur knapp 7% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche ausmacht. Die beiden "Mischsparten" Gartenbau mit Landwirtschaft und Landwirtschaft mit viel Gartenbau stellen zusammen nur 15% der erfaßten Betriebe und 23% der gärtnerischen Nutzfläche.

Die nachstehende Übersicht zeigt nun, daß der anfangs festgestellte Rückgang in der Zahl der Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen nur die Sparten Landwirtschaftliche Betriebe und Gartenbau mit Landwirtschaft betrifft. Hier wurden 1972 nur noch die Hälfte oder weniger als die Hälfte der Betriebe festgestellt als vor elf Jahren.

In diesen Zahlen werden unterschiedliche Entwicklungstendenzen sichtbar. Einmal eine Tendenz zur Spezialisierung auf den reinen Gartenbau. Bei zunehmender Verknappung und Verteuerung der menschlichen Arbeitskraft werden Anbau von landwirtschaftlichen Feldfrüchten oder Viehhaltung, zumal diese

<sup>2</sup> Statistischer Bericht C0/Gartenbauerhebung 1961 - 7, ausgegeben am 8. 1. 1965, S. 8 ff.

Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen zum Verkauf nach der Betriebsart

Größenklasse der landwirtschaftlich genutzten Fläche in ha	Reiner Gartenbau			Gartenbau mit Landwirtschaft			Landwirtschaft mit viel Gartenbau			Landwirtschaft mit wenig Gartenbau		
	Betriebe		Veränderung in %	Betriebe		Veränderung in %	Betriebe		Veränderung in %	Betriebe		Veränderung in %
	1961 <sup>a</sup>	1972		1961 <sup>a</sup>	1972		1961 <sup>a</sup>	1972		1961 <sup>a</sup>	1972	
unter 0,5	395	604	.	6	16	.	1	7	.	-	7	.
0,5 - 1	368	357	- 3	31	22	- 29	12	4	- 67	4	7	+ 75
1 - 2	423	350	- 17	86	28	- 67	43	8	- 81	36	12	- 67
2 - 5	410	414	+ 1	185	50	- 73	99	25	- 75	157	25	- 84
5 - 7,5	101	122	+ 21	83	22	- 73	50	17	- 66	104	18	- 83
7,5 - 10	41	60	+ 46	49	19	- 61	41	14	- 66	102	22	- 78
10 - 20	60	83	+ 38	73	65	- 11	148	51	- 66	709	109	- 85
20 und mehr	27	47	+ 74	49	61	+ 25	321	174	- 46	2 209	1 041	- 53
<b>Insgesamt</b>	<b>1 825</b>	<b>2 037</b>	<b>+ 12</b>	<b>562</b>	<b>283</b>	<b>- 50</b>	<b>715</b>	<b>300</b>	<b>- 58</b>	<b>3 321</b>	<b>1 241</b>	<b>- 63</b>

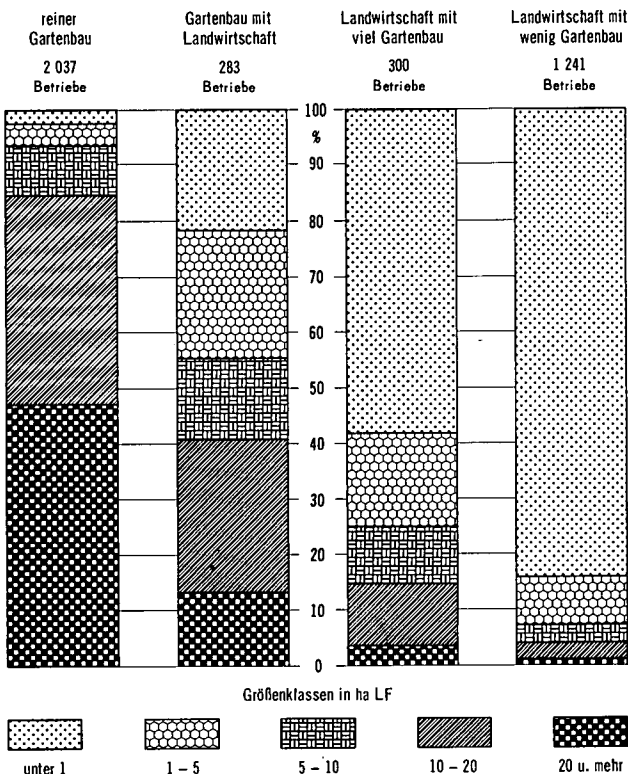
a) ohne reine Forstbauschulen

überwiegend in unrentablen Größenordnungen betrieben wurde, eingestellt. Die Betriebe wanderten von der Betriebsart Gartenbau mit Landwirtschaft in die Betriebsart reiner Gartenbau. Eine Reihe dieser Mischbetriebe wurde auch ganz aufgegeben. Andere Betriebe wiederum gaben den Anbau von Gartengewächsen auf und spezialisierten sich auf den Anbau von landwirtschaftlichen Feldfrüchten oder auf Viehhaltung. Diese Entwicklung ist seit Jahren aus den Ergebnissen der

Gemüseerhebungen sichtbar geworden. Durch den ruinösen Wettbewerb auf dem Markt für Gemüsekonserven war die Mehrzahl der hiesigen Konservenfabriken gezwungen, entweder ganz aufzugeben oder auf andere Produkte umzustellen. Die Folge war ein außerordentlich starker Flächenrückgang bei den Feldgemüsearten Erbsen, Bohnen, Möhren u. a. . Es waren fast ausschließlich landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau, die Feldgemüse anbauten und die diesen Betriebszweig aufgegeben haben. Ähnliches gilt für den Obstbau. Die Fläche der intensiv bewirtschafteten Erwerbsobstanlagen ist seit 1961 fast auf ein Drittel zurückgegangen. Entsprechend ist auch die Zahl der Betriebe gesunken.

Gartenbaubetriebe nach Betriebsart und Größenklasse 1972

D - 4621



Außerbetriebliche Einkünfte

Ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung der Struktur und der Strukturveränderungen der Gartenbaubetriebe wie auch der landwirtschaftlichen Betriebe allgemein ist die Höhe der außerbetrieblichen Einkünfte. Wie bei der Vollerhebung der Landwirtschaftszählung wurde daher auch bei der Gartenbauerhebung gefragt, ob der Betriebsinhaber oder sein Ehegatte Einkünfte aus Quellen<sup>3</sup> außerhalb des gartenbaulichen oder landwirtschaftlichen Betriebes hätten. Wenn ja, wurde weiter gefragt, ob diese Einkünfte schätzungsweise höher seien, als das Jahreseinkommen aus dem gartenbaulichen oder landwirtschaftlichen Betrieb. Das Ergebnis dieser Befragungen zeigt die folgende Übersicht für die Gartenbaubetriebe (die landwirtschaftlichen Betriebe interessieren in diesem Zusammenhang weniger).

Mit den Ergebnissen von 1961 über die Haupterwerbsequellen der Inhaber sind die hier

3) z. B. aus anderer Erwerbstätigkeit, eigenem Gewerbebetrieb, Rente, Pension, Verpachtung, Vermietung, Kapitalvermögen u. dgl.

Gartenbaubetriebe mit natürlichen Personen als Betriebsinhaber  
nach außerbetrieblichen Einkünften des Betriebsinhabers oder seines Ehegatten 1972

	Reine Gartenbaubetriebe			Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft		
	zusammen	mit einer GN		zusammen	mit einer GN	
		bis 5 ha	5 ha und mehr		bis 5 ha	5 ha und mehr
<b>Betriebe insgesamt</b> <sup>1)</sup>	2 031	1 776	255	282	198	84
Inhaber ohne außerbetriebliche Einkünfte	1 149	966	183	155	97	58
Inhaber mit außerbetrieblichen Einkünften darunter	882	810	72	127	101	26
Inhaber, deren außerbetr. Einkünfte höher als Einkommen aus dem Betrieb	521	502	19	71	66	5
Inhaber, deren außerbetr. Einkünfte kleiner als Einkommen aus dem Betrieb	361	308	53	56	35	21

1) Differenzen zu den vorhergehenden Übersichten = Betriebe, deren Inhaber juristische Personen waren

veröffentlichten Zahlen wegen sehr unterschiedlicher Fragestellung nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

Die Zahlen lassen erkennen, daß die Inhaber der Gartenbaubetriebe sehr häufig noch Einkommen aus außerbetrieblichen Quellen beziehen, und zwar in 43% der reinen Gartenbaubetriebe und in 45% der Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft. In erster Linie trifft dieses für die kleineren Gartenbaubetriebe unter 5 ha GN zu.

In 26% der reinen Gartenbaubetriebe und 25% der Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft ist das außerbetriebliche Einkommen größer als das Einkommen aus dem Gartenbaubetrieb; diese Betriebe können als Nebenerwerbsbetriebe bezeichnet werden. Sie bewirtschaften 906 ha GN, das sind 13% der gesamten gärtnerischen Nutzfläche (GN). Auch aus diesem Verhältnis wird deutlich, daß es sich hierbei überwiegend um kleinere Gartenbaubetriebe handelt.

#### Die Sparten im Gartenbau

Wie im Jahre 1961 wurden 5 Sparten unterschieden: Obstbau, Gemüsebau, Zierpflanzenbau, Baumschulkulturen und Samenbau. Dabei zählten Erdbeeren zum Obst. Im Gegensatz zu 1961 wurden auch reine Forstbaumschulen und die Erlöse aus dem Verkauf von Forstpflanzen mitgezählt. Dieses erschwert die Vergleichbarkeit der Zahlen.

Aus den Zahlen der obigen Übersicht geht hervor, daß mit abnehmender Zahl der Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen der Anteil der Betriebe mit einer Hauptproduktionssparte (HPS) zugenommen hat. 1972 gab es nur noch 284 "Gemischtbetriebe". So wie die Kombination Landwirtschaft/Gartenbau immer mehr aufgegeben wird, so spezialisieren sich die Betriebe auch innerhalb der gartenbaulichen Produktion auf eine Sparte. Darüber hinaus haben sich viele Betriebe

#### Die Sparten im Gartenbau

Bezeichnung	Anteil einer Sparte an den gärtnerischen Verkaufserlösen	Anzahl der Betriebe		Veränderung in %
		1961	1972	
Betriebe mit Hauptproduktionssparte davon HPS	70 bis 100 %	6 863 <sup>a)</sup>	3 577	( - 48 )
Obstbau	"	1 082	483	- 55
Gemüsebau	"	3 952	1 518	- 62
Zierpflanzenbau	"	1 178	773	- 34
Baumschulkulturen	"	648 <sup>a)</sup>	801	.
Samenbau	"	3	2	.
Betriebe ohne Hauptproduktionssparte (Gemischtbetriebe)	unter 70 %	807	284	- 65
<b>Betriebe insgesamt</b>	-	<b>7 670<sup>a)</sup></b>	<b>3 861</b>	<b>( - 50 )</b>

a) ohne reine Forstbaumschulen

bereits innerhalb einer Sparte auf wenige Artikel spezialisiert. So gibt es z. B. unter den Betrieben der Hauptproduktionssparte Zierpflanzenbau solche, die allein auf Topfpflanzenanzucht unter Glas spezialisiert sind. Auch viele Betriebe der Hauptproduktionssparte Gemüseanbau - zumeist landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau - bauen nur wenige Gemüsearten oder auch nur eine Art an, wie z. B. Frischerbsen oder Möhren oder Kopfkohl.

Andererseits bemühen sich Betriebe mit Direktverkauf an den Verbraucher, ein breites Sortiment anzubieten, das von Baumschulerzeugnissen und Zierpflanzen bis zu Gemüse reichen kann. Zumeist geschieht diese Sortimentserweiterung auf Zukaufbasis und berührt weniger den eigentlichen Gartenbaubetrieb, als vielmehr den angeschlossenen Gewerbebetrieb (Ladengärtnerei o. ä.).

Während die Betriebe mit der HPS Gemüsebau überwiegend der Betriebsart landwirtschaftliche Betriebe zurechnen, überwiegen bei den Betrieben der HPS Zierpflanzenbau und Baumschulkulturen die Gartenbaubetriebe

## Die Betriebe nach Hauptproduktionssparten 1972

Größenklasse nach der gärtnerischen Nutzfläche in ha  Betriebsart	Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen insgesamt	darunter waren Betriebe				
		Obstbau	mit der Hauptproduktionssparte			ohne Hauptproduktions- sparte
			Gemüsebau	Zierpflanzen- bau	Baumschul- kulturen	
			%			
unter 0,10	143	5,6	11,9	72,7	2,1	7,7
0,10 - 0,25	345	10,4	14,5	51,6	14,2	9,3
0,25 - 0,50	450	11,1	16,2	50,0	13,3	9,3
0,50 - 1	510	17,1	22,5	28,0	20,2	12,0
1 - 2	638	16,1	37,1	13,2	24,8	8,6
2 - 3	444	11,0	50,2	5,0	26,6	7,2
3 - 5	608	9,4	63,3	2,0	21,4	3,9
5 - 10	476	11,6	60,5	0,6	23,9	3,4
10 und mehr	247	15,4	52,6	0,8	26,7	4,5
<b>Insgesamt</b>	<b>3 861</b>	<b>12,5</b>	<b>39,3</b>	<b>20,0</b>	<b>20,7</b>	<b>7,4</b>
Reine Gartenbaubetriebe	2 037	11,2	9,2	35,9	34,7	8,9
Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft	283	19,8	36,7	8,5	17,3	17,7
Landwirtschaftl. Betriebe mit Gartenbau	1 541	12,8	79,6	1,1	3,0	3,4

mit 98% und 94%. Unter den Betrieben der HPS Obstbau waren 59% Gartenbaubetriebe und 41 % landwirtschaftliche Betriebe.

Gliedert man die Betriebe nach HPS und nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche, so zeigt sich, daß die Betriebe der HPS Gemüsebau und der HPS Baumschulkulturen zumeist wesentlich größer sind, als die Betriebe der HPS Zierpflanzenbau. Im Zierpflanzenbau werden unter Glas auch auf kleinster Fläche sehr hohe Umsätze erzielt.

Betrachtet man die Verteilung der gärtnerischen Nutzfläche auf die Hauptproduktionssparten, so wird das Gesagte noch einmal deutlich.

So nehmen die Betriebe der HPS Zierpflanzenbau nur knapp 4% der gärtnerischen Nutzfläche des Landes ein, obwohl 20% aller Betriebe zu dieser HPS zählen. Auf die HPS Gemüsebau dagegen entfallen 51% der gärtnerischen Nutzfläche und nur 39% aller Betriebe.

*Dr. Matthias Sievers*

## Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1973

Durch die Tiefbaustatistik werden die Auftragsvergaben der öffentlichen Hand - mit Ausnahme der Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern - für Tiefbaumaßnahmen ermittelt. Allerdings ist neben der Ausklammerung der kleinen Gemeinden weiterhin einschränkend zu bemerken, daß nur die Auftragsvergaben mit einem Mindestwert von 25 000 DM meldepflichtig sind. Die nachstehenden Zahlen geben somit keinen vollständigen Überblick darüber, in welchem Umfang die Kapazität der Bauwirtschaft durch Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand in Anspruch genommen wird; gleichwohl dürften sie aber die Entwicklung in diesem Wirtschaftszweig hinreichend genau darstellen, zumal das Erhebungsverfahren nicht verändert wurde und somit die methodische Kontinuität der Ergebnisse voll gewährleistet ist.

Auftragsvolumen gehalten

Im Jahre 1973 wurden in Schleswig-Holstein Auftragsvergaben im Tiefbau in Höhe von 535 Millionen DM vergeben. Das sind zwar nominal 16 Millionen DM oder 3% mehr als 1972, aber nach Abzug der inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen im Tiefbau dürfte das Auftragsvolumen 1973 real das Ergebnis des Jahres 1972 nur knapp erreicht haben. Damit verlief die Entwicklung in unserem Lande nahezu parallel zu der im gesamten Bundesgebiet, denn die nominale Zuwachsrate betrug im Bundesgebiet 2%.

Die geringfügige nominale Zunahme in unserem Lande ist fast ausschließlich auf die verstärkte Vergabetätigkeit des Bundes zurückzuführen, denn die vom Bund vergebenen Tiefbauaufträge lagen wertmäßig 1973 um



20 Millionen DM oder 10% über den Werten von 1972. Damit verhielt der Bund sich in Schleswig-Holstein anders als im gesamten Bundesgebiet, wo er sich im Verlauf des Jahres überwiegend zurückhielt und mit seinen Aufträgen nominal um 8% hinter dem Ergebnis des Jahres 1972 zurückblieb. Diese verringerte Vergabetätigkeit des Bundes dürfte vor allem auf die zurückhaltende Haushaltsführung vor der Verabschiedung des Haushaltsplanes 1973 zurückzuführen sein sowie auf Ausgabenbeschränkungen, die das Stabilitätsprogramm vom Mai 1973 dem Bund und den Ländern auferlegte. Die dagegenstehende Entwicklung in Schleswig-Holstein hängt damit zusammen, daß man den weiteren Ausbau der Bundesautobahn nicht den Restriktionsmaßnahmen opfern wollte.

#### Bund der größte Auftraggeber

Der größte Bauherr im Jahre 1973 war in Schleswig-Holstein der Bund, der mit 228 Millionen DM 43% der Gesamtsumme an Aufträgen vergab. Bauherr ist dabei diejenige Stelle, die die Baulast trägt, ohne Rücksicht darauf, in wessen Last die Unterhaltung des Bauwerks später einmal übergeht. Damit hat sich die Bedeutung des Bauherrn Bund für die schleswig-holsteinische Tiefbauwirtschaft in den letzten drei Jahren ständig verstärkt, denn sein Anteil hatte 1971 35% und 1972 40% betragen. Die meisten Finanzierungsmittel des Bundes (81 Mill. DM) flossen in die Straßenbauten. Zusammen mit den Straßenbrückenbauten veranschlagte der Bund fast 100 Millionen DM für Straßenverkehrsbauten. Dieser hohe Betrag ist ganz wesentlich auf den bereits erwähnten Ausbau der Bundesautobahn zurückzuführen. Nur wenig geringer als die Auftragswerte für Straßenbauten sind die Vergaben des Bundes für "sonstige Tiefbauten", zu denen die Tiefbauten der Bundesbahn wie Gleisanlagen und Bahnunterführungen, die Tiefbauten der Bundespost zur Verlegung von Fernmeldeleitungen und alle Tiefbauten für Verteidigungszwecke

gehören. Auch die Vergaben für Tiefbauten an Bundeswasserstraßen hatten mit 55 Millionen DM 1973 eine große Bedeutung. 1972 waren auf diese Tiefbauart dagegen nur 11 Millionen DM entfallen. Derartige Schwankungen sind keine Ausnahme, denn 1971 hatte der Bund für Straßenbauten nur Aufträge im Werte von 59 Millionen DM vergeben gegenüber 81 Millionen DM im Jahre 1973. Hierbei wirken sich vor allem große Objekte wie Bundesautobahn und Hochwasserschutzanlagen gegen Sturmflut und Überschwemmung entscheidend auf die jeweiligen Jahresergebnisse aus.

Die Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnern folgen als zweitgrößter Bauherr mit einem Anteil von 33% an den Tiefbauvergaben. Diese Bauherren scheinen für die Tiefbauwirtschaft ein konstanter und deshalb gut zu kalkulierender Auftraggeber zu sein, denn ihr Anteil an den nahezu gleich hohen Auftragswerten der letzten drei Jahre schwankt nur zwischen 33% und 35%. Anders ausgedrückt liegen die Werte der von den Gemeinden in den letzten drei Jahren vergebenen Aufträge zwischen 175 Millionen DM (1972) und 184 Millionen DM (1971). Dagegen weichen die Auftragswerte des Bundes in demselben Zeitraum bei einem Höchstwert von 228 Millionen DM immerhin um 46 Millionen DM voneinander ab. 44% der Auftragssumme der Gemeinden entfallen auf Straßenbauten und 42% auf wasserwirtschaftliche Tiefbauten, wobei die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten oftmals mit Straßenbauten verbunden sind. Die Straßenbauten sind einmal Maßnahmen zur Verbesserung und zum Ausbau des bestehenden Straßennetzes in den Gemeinden, vor allem der nicht klassifizierten Innerorts- und Außerortsstraßen mit den dazugehörigen Nebenanlagen (z. B. Parkplätzen). Daneben werden aber zusätzlich Straßenbauten erheblichen Umfangs erforderlich, weil viele Gemeindevertretungen ihre Gemeinde durch Gewerbegebiete, Wohn- und Siedlungsgebiete und - gerade in Schleswig-Holstein - Erholungszentren attraktiv machen wollen. Diese neu

Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherrn und Tiefbauart 1972 und 1973  
in Millionen DM

Bauherr	Auftragsvergaben im Tiefbau insgesamt		Straßenbauten		Straßenbrückenbauten		Tiefbauten an Bundeswasserstraßen		Wasserwirtschaftliche Tiefbauten		Sonstige Tiefbauten	
	1972	1973	1972	1973	1972	1973	1972	1973	1972	1973	1972	1973
Bund	208,3	228,5	78,6	81,0	37,3	16,7	11,1	54,9	0,6	0,3	80,7	75,6
Land	37,6	32,1	21,2	21,8	3,7	1,7	2,9	4,3	1,7	1,2	8,0	3,1
Gemeinden	174,5	178,0	59,8	77,8	11,6	2,5	1,5	9,2	70,2	75,5	31,3	12,9
Gemeindeverbände	69,2	69,7	27,2	22,1	0,5	0,7	-	-	41,0	46,2	0,5	0,7
Sonstige Bauherren	30,0	27,1	16,2	15,5	-	-	-	-	6,0	7,1	7,9	4,6
<b>Insgesamt</b>	<b>519,6</b>	<b>535,4</b>	<b>203,0</b>	<b>218,3</b>	<b>53,2</b>	<b>21,6</b>	<b>15,5</b>	<b>68,4</b>	<b>119,6</b>	<b>130,4</b>	<b>128,3</b>	<b>96,8</b>

errichteten Gebiete wiederum machen die Erweiterung und den Neubau von Ortskanalisationen und Kläranlagen einschließlich der Investitionen für die Wasserversorgung, also wasserwirtschaftliche Tiefbauten erforderlich.

Zusammen mit den Gemeindeverbänden zeichneten die Gemeinden für fast die Hälfte (46%) der Auftragswerte im Tiefbau als Bauherren. Die Gemeindeverbände vergeben Aufträge ganz überwiegend für wasserwirtschaftliche Tiefbauten, 1973 betrug der Anteil dieser Tiefbauart 66%. Das bedeutet wiederum, daß die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten nahezu ausschließlich, nämlich zu 93%, von den Gemeinden und Gemeindeverbänden vergeben werden. Daneben sind die Gemeindeverbände fast nur noch Bauherr für Straßenbauten, deren Anteil sich 1973 auf 32% belief.

Das Land ist als Bauherr, also als diejenige Stelle, die die Aufträge vergibt, im schleswig-holsteinischen Tiefbau von untergeordneter Bedeutung, denn es zeichnete 1973 nur für 6% der Auftragswerte. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in den anderen Bundesländern, wenn auch der Anteil der Länder an den Auftragsvergaben im gesamten Bundesgebiet mit 12% doppelt so hoch ist wie in Schleswig-Holstein. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß mit dem Anteil als Bauherr von Tiefbaumaßnahmen nicht unbedingt etwas gesagt ist über den Anteil als Geldgeber für Tiefbaumaßnahmen. So ist das Land an der Finanzierung von Tiefbauten der Gemeinden und Gemeindeverbände in nicht unerheblichem Umfang durch Zuschüsse beteiligt.

Als letzte Bauherrngruppe sind zusammengefaßt die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der juristischen Personen des privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand maßgebend beteiligt ist. Diese "sonstigen Bauherren" spielen aber nur eine untergeordnete Rolle im öffentlichen Tiefbau, sie waren 1973 mit 5% am Gesamtwert beteiligt. Auf denselben Anteil kam diese Bauherrngruppe auch im gesamten Bundesgebiet.

#### Straßenbauten herrschen vor

Neben der Darstellung der Ergebnisse nach Bauherren vermittelt die Aufgliederung nach der Art der Tiefbaumaßnahmen weitere Erkenntnisse. Hierzu sei erläuternd vorangestellt, daß die Zuordnung eines Tiefbaus zu einer der vorgesehenen Arten von Tiefbauten nach den technischen Merkmalen vorgenommen wird und nicht nach der verwaltungsmäßigen Zuständigkeit. So ist z. B. der Bau eines Wirtschaftsweges im Zuge

einer wasserwirtschaftlichen Maßnahme ein Straßenbau und kein wasserwirtschaftlicher Tiefbau. Wenn also ein Auftrag mehrere Arten von Tiefbauten berührt, werden die auf die einzelnen Arten von Tiefbauten entfallenden Auftragsteile getrennt erfaßt.

Das Schwergewicht der Tiefbauvergaben bildeten wie in den vorangegangenen Jahren auch 1973 die öffentlichen Aufträge für Straßenbauten. Auf sie entfielen im Berichtsjahr 41% der gesamten Auftragswerte. Dabei haben die Straßenbauten bei den einzelnen Bauherren recht unterschiedliches Gewicht, es reicht von einem Anteil von 32% bei den Gemeindeverbänden bis zu 68% beim Land. Im Vergleich zu 1972 haben sich die Auftragswerte für Straßenbauten in Schleswig-Holstein um 8% erhöht. Dafür zeichneten die Gemeinden verantwortlich, die ihre Aufträge für den Bau und die Unterhaltung von Gemeindestraßen gegenüber 1972 um 18 Millionen DM oder 30% erhöhten. Hierzu ist allerdings zu bemerken, daß sich die Gemeinden hiermit gerade 1972 sehr zurückgehalten hatten.

Ein besonderes Gewicht innerhalb der Straßenverkehrsbauten kommt in den letzten Jahren zunehmend dem Straßenbrückenbau zu. Im Zuge städtebaulicher Verkehrsmaßnahmen, wie der Entlastung der Innenstädte durch moderne Umgehungsstraßen sowie der Schaffung von überregionalen Verkehrsverbindungen in Form von Autobahnen und Schnellstraßen werden immer mehr kreuzungsfreie Straßenverläufe, Über- und Unterführungen benötigt. Das schlägt sich darin nieder, daß die Straßenbrückenbauten an den Auftragswerten für Tiefbauten im Durchschnitt der letzten fünf Jahre vor 1973 immerhin mit 10% beteiligt waren. Der niedrige Anteil des Jahres 1973 von 4% dürfte danach mehr zufallsbedingt sein. Im gesamten Bundesgebiet lag der Anteil der Straßenbrückenbauten jedenfalls auch 1973 über 10%.

Von wesentlich geringerer Bedeutung als die Straßenverkehrsbauten sind die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten für die schleswig-holsteinische Tiefbauwirtschaft, auf sie entfallen 24% der Auftragswerte. Allerdings dürfte diese Tiefbauart von der eingeschränkten Erfassung in der Tiefbaustatistik relativ stärker betroffen sein als die anderen Tiefbauarten, weil besonders in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern noch erhebliche Aufwendungen zur Verbesserung der Fäkalien- und Schmutzwasserbeseitigung anstehen. Eine ungefähre Vorstellung über das Ausmaß der erforderlichen Neubauten von Ortskanalisationen und Kläranlagen können die Ergebnisse der Wohnungszählung 1968 vermitteln. Damals hatten in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern noch 22% der

Wohnungen, die immerhin 7% der Wohnungen im gesamten Lande ausmachten, weder einen Anschluß an Kanalisation noch eine Hauskläranlage, während in den übrigen Gemeinden nur knapp 4% der Wohnungen eine derartig mangelhafte Schmutzwasser- und Fäkalienbeseitigung hatten. Wie bereits erwähnt, wurden die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten fast ausschließlich von den Gemeinden und Gemeindeverbänden vergeben.

Auch die "sonstigen Tiefbauten" kommen mit einem Anteil von 18% an den Auftragswerten noch auf einen nennenswerten Beitrag zur Tiefbauwirtschaft. In dieser Tiefbauart zeichnet der Bund wertmäßig für 78% der öffentlichen Aufträge als Bauherr. Daneben sind nur noch die Gemeinden zu erwähnen, die weitere 13% zum Auftragsvolumen beitragen, und zwar handelt es sich hierbei um Sportanlagen und Schwimmbäder der Gemeinden.

Die restlichen 13% entfielen 1973 auf die Tiefbauten an Bundeswasserstraßen und Häfen. Die Abgrenzung dieser Tiefbauart gegen die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten nach technischen Gesichtspunkten ist häufig nicht eindeutig vorzunehmen. Gleichartige Tiefbauten können in beiden Gruppen vorkommen. Die Tiefbauten an Bundeswasserstraßen und Häfen als öffentlichen Verkehrswegen werden von den rein wasserwirtschaftlichen Tiefbauten in Zweifelsfällen ausnahmsweise gemäß der verwaltungsmäßigen Zuständigkeit getrennt. Neben dem Bund, der 80% der Auftragswerte auf sich vereinigt, sind auch hier die Gemeinden zu 13% an den Aufträgen beteiligt. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Aufträge für Tiefbauten an Häfen wie den Bau von Kai- und Stützmauern und von Brücken.

#### Überwiegend kurzfristige Aufträge

Für über die Hälfte (52%) der Vergabewerte im schleswig-holsteinischen Tiefbau 1973 durch die öffentliche Hand war eine Abwicklungsdauer von höchstens sechs Monaten

angegeben und für 18% sogar nur bis zu drei Monaten. Es handelt sich also im wesentlichen um kurzfristige Aufträge. Eine Ausführungszeit von über zwölf Monaten ist nur für gut ein Fünftel der Auftragswerte vorgesehen. Dagegen haben im gesamten Bundesgebiet die langfristigen Aufträge ein wesentlich stärkeres Gewicht; 1973 entfiel auf sie rund ein Drittel der Vergabewerte.

Bei den einzelnen Bauherren ergibt die Untergliederung der Auftragswerte nach der vorgesehenen Ausführungszeit zum Teil erhebliche Unterschiede. So sind zwar auch beim Bauherren Bund die Vergabewerte mit einer Abwicklungsdauer von höchstens sechs Monaten mit 43% noch gewichtig, ihr Anteil liegt aber erheblich unter dem Durchschnitt aller Bauherren. Dagegen erteilte der Bund von allen Auftraggebern mit Abstand die meisten langfristigen Aufträge, denn bei 40% seiner Auftragssumme war mit einer Ausführungszeit von mehr als zwölf Monaten zu rechnen, während es beim Land nur 22% und bei den Gemeinden sogar nur 8% waren. Die kürzere Ausführungsdauer der Gemeindeaufträge - 56% der Vergabewerte sollen in höchstens sechs Monaten abgewickelt sein - erklärt sich vor allem daraus, daß die Gemeinden im Straßenbau geringere Baulose vergeben als der Bund und das Land. Während beim Bund genau die Hälfte und beim Land 31% der Auftragswerte für Straßenbauten eine Abwicklungsdauer von mehr als einem Jahr hatten, waren es bei den Gemeinden nur 8%. Auch werden die kleineren wasserwirtschaftlichen Tiefbauten der Gemeinden schneller abgewickelt als z. B. die großen Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen. Von den wasserwirtschaftlichen Tiefbauten der Gemeinden sollen 55% der Auftragswerte in höchstens sechs Monaten abgewickelt sein und nur 4% sich länger als ein Jahr hinziehen. Dagegen sind von den Tiefbauten des Bundes an Bundeswasserstraßen 63% der Auftragswerte mit einer Ausführungszeit von mindestens zwölf Monaten veranschlagt.

Auftragsvergaben im Tiefbau 1973 nach Wertgrößeklassen und Ausführungszeit

Vorgesehene Ausführungszeit	Auftragsvergaben insgesamt		davon mit einem Auftragswert von ... DM							
			unter 100 000		100 000 bis unter 500 000		500 000 bis unter 1 Mill.		1 Mill. und mehr	
	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM
bis 3 Monate	1 210	96	933	47	275	48	2	1	-	-
über 3 bis 6 Monate	692	183	103	7	521	125	63	41	5	9
über 6 bis 12 Monate	189	141	3	0	68	23	79	56	39	62
über 12 Monate	48	116	11	1	1	0	1	1	35	114
<b>Insgesamt</b>	<b>2 139</b>	<b>535</b>	<b>1 050</b>	<b>55</b>	<b>865</b>	<b>197</b>	<b>145</b>	<b>98</b>	<b>79</b>	<b>186</b>

## Überwiegend Kleinaufträge

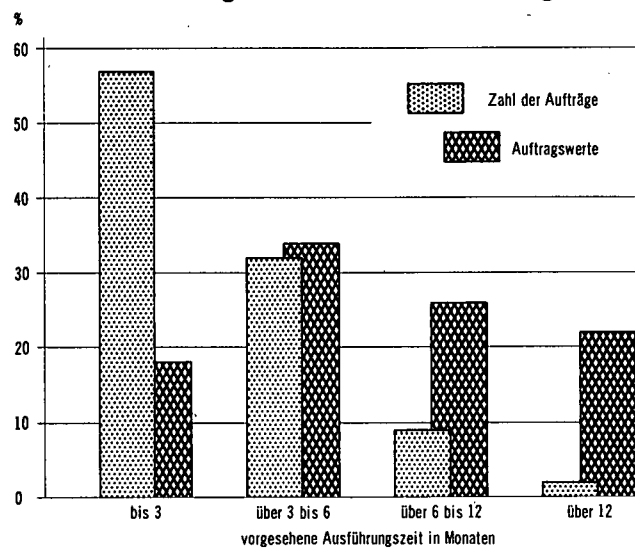
Weitere Aufschlüsse über die Struktur der Tiefbauaufträge ergibt eine Gliederung nach ihrem Wert. Daraus läßt sich ablesen, daß 1973 fast die Hälfte (49%) der öffentlichen Vergaben Kleinaufträge mit einem Auftragswert von weniger als 100 000 DM waren, die wertmäßig nur ein Zehntel des Auftragsvolumens ausmachten. Andererseits entfielen auf knapp 4% der Aufträge mit Millionenwerten gut ein Drittel der gesamten Auftragssumme.

Im Durchschnitt hatten die in Schleswig-Holstein von der öffentlichen Hand vergebenen Tiefbauaufträge 1973 einen Wert von einer Viertelmillion DM. Die größten Aufträge wurden für Tiefbauten an Bundeswasserstraßen erteilt. Hier kommen auf nur 11 Aufträge rund 47 Millionen DM, wobei es sich im wesentlichen um die Verbreiterung des Nord-Ostsee-Kanals, die Regulierung der Eider und den Bau einer neuen Kaimauer im Lübecker Hafen handelt. Im Durchschnitt belief sich die Auftragssumme bei den Tiefbauten an Bundeswasserstraßen auf rund 630 000 DM. Dagegen ist der zweitgrößte Durchschnittswert von etwa 360 000 DM bei den Straßenbrückenbauten bereits wesentlich niedriger. Der niedrigste Durchschnittswert ergibt sich mit rund 140 000 DM für die "sonstigen Tiefbauten".

Da sowohl die kurzfristigen Aufträge als auch die Kleinaufträge überwiegen, kann man erwarten, daß hier ein enger Zusammenhang besteht. Tatsächlich kommen auf die kurzfristigen Aufträge mit einer vorgesehenen Ausführungszeit von weniger als drei Monaten zahlenmäßig 57%, wertmäßig aber nur 18% der Auftragssumme. Bei den kurzfristigen Auf-

D - 4619

## Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand nach der vorgesehenen Ausführungszeit



trägen handelt es sich also zumeist um Vergaben mit niedrigem Auftragswert. So lag der Durchschnittswert der Aufträge mit einer vorgesehenen Ausführungszeit von höchstens drei Monaten bei rund 79 000 DM, während die langfristigen Aufträge mit einer Abwicklungsdauer von mehr als einem Jahr durchschnittlich rund 2,4 Millionen DM kosteten.

Peter Möller

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht F II 10 enthalten. Vergleiche auch: "Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1972" in dieser Zeitschrift 1973, S. 90 (April) und "Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1973" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 203 (März)

## Der Außenhandel Schleswig-Holsteins im Jahre 1973

Die internationalen Handelsbeziehungen standen 1973 im Zeichen großer währungspolitischer Unruhen. Die Ursache hierfür war das anhaltende Mißtrauen in die Stabilität der amerikanischen Währung. Zu Beginn des Jahres gerieten die Währungsrelationen unter dem Druck der Spekulation in Bewegung. Italien und Japan gaben ihre Wechselkurse frei. Der Dollar wurde um 10% abgewertet. Doch auch nach der Abwertung des Dollars hielt die Nervosität auf den Devisenmärkten an. Sie drückte sich in einem Anstieg des Goldpreises und in einem weiteren Verfall des Dollarkurses aus. Vor allem gegenüber den Währungen des sogenannten Floating-Blocks verlor der Dollar an Wert.

Dem Floating-Block gehörten mit Ausnahme von Großbritannien, Irland und Italien die Länder der Europäischen Gemeinschaft sowie Schweden und Norwegen an. Die Zentralbanken dieser Länder wurden Anfang März von ihrer Interventionspflicht gegenüber dem Dollar befreit. Das bedeutete, daß die Wechselkurse zwischen den Währungen der Blockländer und dem US-Dollar dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen wurden. Die Wechselkurse zwischen den Währungen der Blockländer konnten dagegen auch weiterhin nur innerhalb einer Bandbreite von 2,25% frei schwanken. Vor dem Übergang zum gemeinsamen Floating wurde die D-Mark um 3% aufgewertet, weil man befürchtete

tete, daß sich die übrigen Währungen des Floating-Blocks stärker als erwünscht mit aufwerten könnten. Ende Juni wurde die D-Mark nochmals um 5,5 % aufgewertet.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1973 beruhigten sich die Devisenmärkte zusehends. Der Dollar stieg im Kurs sogar wieder etwas an.

Daß trotz zweimaliger Aufwertung der D-Mark und der Unsicherheit auf den Devisenmärkten die Ausfuhr der Bundesrepublik - Schleswig-Holstein mit eingeschlossen - weiter expandierte, war vor allem auf die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, Zollsenkungen zwischen der EG und der EFTA, den weltweiten Konjunkturgleichschritt sowie den beschleunigten Preisanstieg in aller Welt zurückzuführen.

Am 1. Januar 1973 traten Großbritannien, Dänemark und Irland der Europäischen Gemeinschaft bei. Die Zölle zwischen den Ländern, die bislang der EG angehörten, und den drei neuen Mitgliedern wurden in einem ersten Schritt um 20 % gesenkt. Bis 1977 sollen die Zölle in fünf Stufen abgebaut werden. Zwischen den noch übrig gebliebenen EFTA-Ländern Portugal, der Schweiz, Österreich, Norwegen, Schweden und der erweiterten EG wurden die Zölle ebenfalls um 20 % gesenkt. Außerdem soll bis 1977 eine Europäische Freihandelszone zwischen der EG und den EFTA-Ländern verwirklicht sein.

Von der wirtschaftlichen Belebung in den Industriestaaten der westlichen Welt profitierten auch die Entwicklungsländer. Steigende Erlöse aus dem Export von Rohstoffen versetzten sie in die Lage, ihre Nachfrage nach Industrieprodukten zu verstärken. So kam es zu einem globalen Konjunkturgleichschritt.

Eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Ausfuhr hat auch die allgemeine beschleunigte Geldentwertung gespielt. Sie hat den Wettbewerbsdruck, dem die deutsche Wirtschaft durch die Höherbewertung der D-Mark ausgesetzt war, abgemildert.

Die geschilderten Vorgänge haben auch die Ausfuhr Schleswig-Holsteins positiv beeinflusst. 1973 wurden Waren im Werte von 3 358 Mill. DM ausgeführt. Gegenüber 1972 ist das eine Steigerung um 11,5 %. Dieser Zuwachs ist allerdings noch verhältnismäßig niedrig. Denn die Ausfuhr des Bundesgebietes stieg im selben Zeitraum um 19,7 %.

Die folgenden Abschnitte geben einen Einblick in die Struktur des Güterexports. Als Gliederungskonzept wurde die Warengliederung "Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft" verwendet. Hiernach werden sämtliche Waren der Außenhandelsstatistik erst einmal in die beiden Hauptbereiche "Ernährungswirtschaft" und "gewerbliche Wirtschaft" gegliedert.

Die kleinste Darstellungseinheit sind die sogenannten Warenuntergruppen, Zusammenfassungen der über 8 000 Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik, den Bausteinen der Außenhandelsstatistik. Die Warenuntergruppen werden innerhalb der Ernährungswirtschaft nach ihrer Herkunft in Erzeugnisse tierischen und pflanzlichen Ursprungs zusammengefaßt. Lebende Tiere und Genußmittel bilden eine eigene Güterhauptgruppe. Innerhalb der gewerblichen Wirtschaft sind die Waren nach dem Verarbeitungsgrad in die Warengruppen "Rohstoffe", "Halbwaren" und "Fertigwaren" gegliedert. Die Rohstoffe entsprechen annähernd den unbearbeiteten Waren, also den Erzeugnissen der Urproduktion, Halbwaren sind Erzeugnisse der nächsten Verarbeitungsstufe. Die Fertigwaren umfassen alle stärker bearbeiteten Waren. Innerhalb der Fertigwaren wird noch einmal zwischen Vor-erzeugnissen und Enderzeugnissen unterschieden. Die einzelnen Warenuntergruppen innerhalb der gewerblichen Wirtschaft sind Zusammenfassungen von Warenarten in Anlehnung an den produktionstechnischen Zusammenhang. Maßgebend für die Gliederung ist also die Herkunft der Waren aus den verschiedenen Industriegruppen und -zweigen.

#### Die ausgeführten Güter

Die Ernährungswirtschaft führte im vergangenen Jahr Waren im Werte von 390 Mill. DM aus. Das sind 19,4 % oder knapp ein Fünftel mehr als im Jahr 1972. Auf Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs entfielen 166 Mill. DM, auf Nahrungsmittel tierischen Ursprungs 145 Mill. DM. Der Export von Genußmitteln und lebenden Tieren erreichte 69 und 9 Mill. DM.

Die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs bestanden zu mehr als einem Drittel aus Mül-lereierzeugnissen (67 Mill. DM). Zu den bedeutenderen Posten gehörten daneben Ölfrüchte zur Ernährung (20 Mill. DM), lebende Pflanzen und Erzeugnisse der Ziergärtnerei (16 Mill. DM) sowie Zucker (10 Mill. DM).

Die Hauptabnehmer von Müllereierzeugnissen waren - wie schon so oft - Dänemark und Polen. Bei den Ölfrüchten zur Ernährung lag Italien vor Frankreich und Dänemark. Lebende Pflanzen und Erzeugnisse der Ziergärtnerei wurden hauptsächlich nach Schweden, in die Schweiz und nach Holland ausgeführt. Dänemark war auch der größte Importeur von Zucker.

Müllereierzeugnisse sowie lebende Pflanzen und Erzeugnisse der Ziergärtnerei sind zu einem festen Bestandteil der Exportgüterpalette Schleswig-Holsteins geworden. Von Jahr zu Jahr wurden höhere Erlöse gemeldet. Der Export von Ölfrüchten hat sich dagegen, vermutlich erntebedingt, verringert. Der Höhepunkt

lag im Jahre 1971. Damals wurden Ölfrüchte im Wert von 47 Mill. DM ausgeführt. Die Ausfuhr von Zucker überschritt 1973 zum ersten Mal die Grenze von 10 Mill. DM.

Von den Gütern der Ernährungswirtschaft sind 37,3% Nahrungsmittel tierischen Ursprungs. In dieser Gruppe standen Fleisch und Fleischwaren mit 48 Mill. DM an der Spitze. Dicht dahinter lag Milch mit einem Exportwert von 42 Mill. DM. Die Ausfuhr von Fischen und Fischzubereitungen erreichte 21 Mill. DM. Erwähnenswert ist auch der Export von Butter in Höhe von 19 Mill. DM.

Zu den wichtigsten Abnehmern von Fleisch und Fleischwaren gehört Italien. Dorthin wurde im vergangenen Jahr Fleisch im Werte von 21 Mill. DM ausgeführt. Auch Großbritannien und Frankreich treten als Großabnehmer auf. Kondensmilch und Trockenmilch wird in größeren Mengen in zahlreiche Länder exportiert. Zu den bedeutenderen Abnehmern zählten im Jahre 1973 die Niederlande, Italien, Libyen, Dänemark, die Philippinen, Griechenland, Venezuela und Guayana. Die Ausfuhr von Fischen konzentrierte sich auf die Länder Frankreich (5,7 Mill. DM), Holland (4,7 Mill. DM) und Österreich (4,2 Mill. DM). Butter wurde hauptsächlich nach Großbritannien (7,0 Mill. DM) und Belgien-Luxemburg (6,9 Mill. DM) verkauft. Die Sowjetunion bezog Butter im Werte von 2,5 Mill. DM.

Die Ausfuhr von Fleisch und Fleischwaren hat in den vergangenen Jahren wieder an Bedeutung gewonnen, nachdem im Jahre 1970 der Exportwert von 35 Mill. DM auf 25 Mill. DM gesunken war. Die Ausfuhr von Fischen und Fischzubereitungen stagniert dagegen schon seit 1967.

Aus der Gruppe der Genußmittel ragt Kaffee mit einem Exportwert in Höhe von 52 Mill. DM heraus. Gegenüber 1972 sind die Erlöse um 4,2 Mill. DM zurückgegangen. Bis dahin konnte die Ausfuhr von Kaffee merklich gesteigert werden. Hinter Kaffee lagen Tabakerzeugnisse mit 12 Mill. DM an zweiter Stelle innerhalb der Gruppe der Genußmittel.

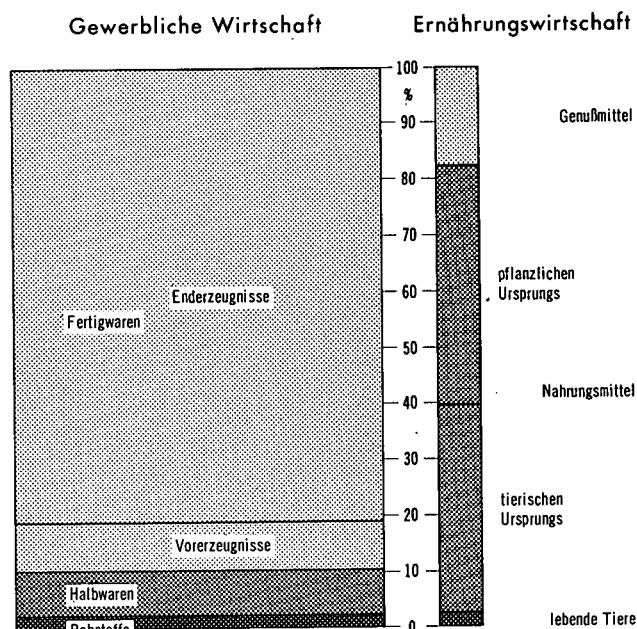
Die Kaffeeausfuhr verdankt Schleswig-Holstein hauptsächlich zwei Ländern, den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich. Während die USA Kaffee im Werte von 27 Mill. DM einführten, belief sich der Export von Kaffee nach Frankreich auf 22 Mill. DM.

Die Ausfuhr von lebenden Tieren setzte sich zusammen aus der Ausfuhr von Rindvieh (7,4 Mill. DM), Pferden (1,4 Mill. DM), Schweinen (0,5 Mill. DM) und sonstigen lebenden Tieren (0,2 Mill. DM).

Die gewerbliche Wirtschaft erzielte im vergangenen Jahr Ausfuhrerlöse in Höhe von 2 968

D-4620

## Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins 1973



Mill. DM, das sind rund sieben Achtel der gesamten Ausfuhr. Fertigwaren stellten mit 2 661 Mill. DM wieder den größten Posten dar. Davon entfielen auf Enderzeugnisse 2 409 Mill. DM. Gemessen an der Ausfuhr von Fertigwaren spielt der Export von Halbwaren und Rohstoffen eine untergeordnete Rolle. Während der Wert der ausgeführten Halbwaren 236 000 DM erreichte, brachte der Export von Rohstoffen 71 000 DM ein.

Das tragende Element der schleswig-holsteinischen Ausfuhr bilden die Fertigwaren. Innerhalb dieser Gruppe spielen wiederum die Enderzeugnisse eine entscheidende Rolle. Zu den wichtigsten Enderzeugnissen gehören die Maschinen. Sie sind gleichzeitig das bedeutendste Exportgut Schleswig-Holsteins. Im vergangenen Jahr exportierte Schleswig-Holstein Maschinen im Werte von 821 Mill. DM. Die Maschinenindustrie trug demzufolge nahezu ein Viertel zur Gesamtausfuhr bei. In den vergangenen Jahren hat sich ihr Beitrag zur Ausfuhr ständig erhöht. Gegenüber 1966 hat sich der Wert der ausgeführten Maschinen mehr als verdoppelt. Damals erreichte die Ausfuhr 399 Mill. DM.

Die Position "Maschinen" stellt ein Konglomerat der verschiedensten Arten dar. Den Ausfuhrrekord hielten Pumpen und Druckluftmaschinen (201 Mill. DM). Es folgten Kraftmaschinen (101 Mill. DM), Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie (94 Mill. DM), für die Spinnstoff-, Leder- und Lederwarenindustrie (67 Mill. DM), Papier- und Druckmaschinen (57 Mill. DM), Werkzeugmaschinen (45 Mill. DM), Fördermittel (41

Mill. DM), landwirtschaftliche Maschinen (14 Mill. DM), Büromaschinen (9 Mill. DM) und sonstige Maschinen (191 Mill. DM). Elektrische Maschinen gehören nicht zur Gruppe der Maschinen. Sie werden systematisch den "Elektrotechnischen Erzeugnissen" zugeordnet.

Die Maschinenindustrie beliefert fast alle Staaten der Erde. 1973 waren die 10 größten Abnehmer: Italien (71 Mill. DM), Frankreich (69 Mill. DM), die Niederlande (65 Mill. DM), die USA (64 Mill. DM), Dänemark (51 Mill. DM), Norwegen (34 Mill. DM), Belgien-Luxemburg (34 Mill. DM), Schweden (34 Mill. DM), Großbritannien (28 Mill. DM) und Spanien (24 Mill. DM). Auf diese 10 Länder entfielen mehr als 50 % des gesamten Maschinenexportwertes.

Zu den Stützen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft gehört auch der Schiffbau. Dieser Wirtschaftszweig führte 1973 Wasserfahrzeuge im Werte von 587 Mill. DM aus. Gegenüber 1972 hat sich der Wert der ausgeführten Wasserfahrzeuge um 2,4 % verringert. Aus der Schar der Käuferländer sind Norwegen, Großbritannien und Schweden hervorzuheben. Nach Norwegen wurden Wasserfahrzeuge im Werte von 237 Mill. DM ausgeführt. Die Bestellungen aus England und Schweden erreichten einen Wert von 101 Mill. und 98 Mill. DM. Beachtung verdient auch die Ausfuhr nach Hongkong (37 Mill. DM), Algerien (35 Mill. DM), in die Republik Südafrika (29 Mill. DM) und nach Dänemark (28 Mill. DM).

Zwei Produktgruppen haben in den vergangenen Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Es handelt sich um elektrotechnische sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse. Während elektrotechnische Erzeugnisse im Wert von 269 Mill. DM ausgeführt wurden, erreichte die Ausfuhr feinmechanischer und optischer Waren 147 Mill. DM. Wie die Maschinen haben auch die beiden zuletzt erwähnten Güteruntergruppen zahlreiche Abnehmer. Zu den wichtigsten gehören wie so oft die Länder der EG.

Mit 126 Mill. DM lag die Ausfuhr der Eisenwaren gleich hinter der Ausfuhr von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen. Die Position "Eisenwaren" setzt sich aus Messerschmiedewaren, Werkzeugen und landwirtschaftlichen Geräten sowie den sonstigen Eisenwaren, zu denen eine Vielzahl von Artikeln gehört, zusammen. Die Ausfuhr von Eisenwaren hat sich in den vergangenen Jahren ebenfalls kräftig erhöht. Gegenüber 1966 betrug der Zuwachs mehr als 100%. Die Hauptbezieher von Eisenwaren waren die Niederlande und Frankreich.

Einen Ausfuhrwert von 10 Mill. DM und mehr erreichten noch folgende Warenuntergruppen: Bücher, Karten, Noten und Bilder (47 Mill.

DM), Waren aus Kunststoffen (36 Mill. DM), Holzwaren (33 Mill. DM), Kraftfahrzeuge und Luftfahrzeuge (28 Mill. DM), Pharmazeutische Erzeugnisse (24 Mill. DM), Papierwaren (13 Mill. DM) und Kautschukwaren (10 Mill. DM). Innerhalb der zuerst erwähnten Untergruppe lag der Schwerpunkt bei Büchern und Zeitungen. Die Position "Kraftfahrzeuge und Luftfahrzeuge" enthielt vor allem Gebrauchtwagen und Fahrzeugzubehör.

Auf die Fertigwaren-Vorerzeugnisse entfielen im vergangenen Jahr 7,5 % des Gesamtausfuhrwertes. Erwähnenswert ist die Ausfuhr von Geweben und Gewirken aus Zellwolle und synthetischen Fasern (15 Mill. DM), aus Wolle und anderen Tierhaaren (10 Mill. DM), die Ausfuhr von Papier und Pappe (35 Mill. DM), von Kunststoffen (31 Mill. DM) und von Steinzeug-, Ton- und Porzellanerzeugnissen (25 Mill. DM).

Gewebe und Gewirke aus Zellwolle und synthetischen Fasern wurden vor allem nach Österreich, Italien, der Schweiz, den Niederlanden und Schweden exportiert. Gewebe und Gewirke aus Tierhaaren wurden in erster Linie von Holland, Japan und Ungarn bezogen. Die wichtigsten ausländischen Kunden von Kunststoffen waren die EG-Länder, die Schweiz und die USA. An der Ausfuhr von Steinzeug, Ton- und Porzellanwaren war Dänemark mit 42,2 % beteiligt. Eine ähnlich gewichtige Rolle spielte Holland für die Ausfuhr von Papier und Pappe. Dorthin wurden Papier und Pappe im Werte von 11 Mill. DM exportiert.

Der Wert der ausgeführten Halbwaren machte 1973 etwas weniger als ein Zehntel des Ausfuhrwertes der Fertigwaren aus. Roheisen stellte mit 64 Mill. DM wieder den bedeutendsten Posten dieses Warenbereiches dar. Im Vergleich zu 1972 konnte die Ausfuhr von Roheisen um 126 % gesteigert werden. Allerdings war der Ausfuhrwert im Jahre 1972 mit 28 Mill. DM außergewöhnlich niedrig gewesen. Die Ausfuhr von Kraftstoffen und Schmierölen ist sehr unbeständig. Während 1973 ein Exporterlös in Höhe von 48 Mill. DM erzielt wurde, hatte er ein Jahr zuvor nur 7 Mill. DM betragen. Die Ausfuhr von Reyon (Kunstseide) und synthetischen Fäden verharrte in dem letzten Jahr bei etwa 10 Mill. DM. 1973 tat die Ausfuhr dieser Erzeugnisse einen Sprung auf 23 Mill. DM. An vierter Stelle der Halbwaren lagen Teer und Teerdestillationserzeugnisse mit einem Wert von 19 Mill. DM. Auch hier gab es einen kräftigen Anstieg gegenüber dem Vorjahresergebnis. Der Durchschnittswert aus beiden Jahren weicht jedoch nur unwesentlich von den Werten der vorangegangenen Jahre ab. Die Ausfuhr von bearbeitetem Kautschuk ist dagegen stetig angestiegen. Im vergangenen Jahr wurde Kautschuk im Werte von 16 Mill. DM exportiert.



Zement (14 Mill. DM) sowie Rückstände der Erdöl- und Steinkohlenteerdestillation (12 Mill. DM) vervollständigen die Palette der Erzeugnisse mit einem Ausfuhrwert von 10 Mill. DM und mehr. Während die Ausfuhr von Rückständen der Erdöl- und Steinkohlenteerdestillation in den letzten Jahren stagnierte, hat sich die Ausfuhr von Zement etwas belebt.

Roheisen wurde hauptsächlich nach Italien, Schweden, Belgien-Luxemburg und in die Türkei exportiert. Auf diese Länder entfielen nahezu zwei Drittel des gesamten Ausfuhrwertes. Bei Kraftstoffen und Schmierölen lag Dänemark vorn. Dahinter folgten die USA, Holland und Großbritannien. Der Anteilswert dieser vier Länder lag ebenfalls bei zwei Dritteln. Zu den wichtigen Abnehmern von Reyon gehörte neben Holland, Belgien-Luxemburg, Frankreich, der Schweiz und Schweden auch der Iran. Teer- und Teerdestillationserzeugnisse werden von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Ländern eingeführt. Holland und Großbritannien führen hier die Liste der Importländer an. Im Gegensatz zu Teer und Teerderivaten geht Zement in eine Vielzahl von Ländern. Wichtigster Kunde waren wieder die USA. Für die Ausfuhr von bearbeitetem Kautschuk sorgten in erster Linie die Bahama-Inseln. Der größte Abnehmer von Rückständen der Erdöl- und Steinkohlenteerdestillation war wiederum Dänemark.

Von den Rohstoffen konnte nur die Position Baumwolle (Baumwolle, roh und bearbeitet, Reißbaumwolle und Abfälle bei der Baumwollverarbeitung) mit 21 Mill. DM die Grenze von 10 Mill. DM überspringen. Die Ausfuhr schwankte zwischen 1967 und 1973 um einen Wert von 20 Mill. DM. Wichtigste Abnehmer waren Frankreich und Italien.

#### Die Zielländer der Ausfuhr

In den nun folgenden Abschnitten über die Ausfuhr stehen nicht mehr die Güter, sondern die Länder im Vordergrund der Betrachtung. Die wichtigsten Abnehmer sind die europäischen Länder. Dorthin wurden 1973 Waren im Werte von 2 624 Mill. DM geliefert. Das sind 78,1 % der Gesamtausfuhr. Der amerikanische Kontinent (Nord-, Mittel- und Südamerika) lag weit hinter Europa an zweiter Stelle. Er nahm Waren im Werte von 335 Mill. DM (Anteil: 10,0 %) auf. Es folgten Asien mit 231 Mill. DM (6,9 %), Afrika mit 154 Mill. DM (4,6 %) sowie Australien und Ozeanien mit 13 Mill. DM (0,4 %). Die Reihenfolge der Kontinente hat sich seit 1961 nicht geändert, sieht man einmal von den Jahren 1966 und 1971 ab. Damals lag das eine Mal Asien, das andere Mal Afrika an 2. Stelle hinter Europa. Ein Trend zu einem

#### Die 10 wichtigsten Bestimmungsländer Schleswig-Holsteins 1973

Verbrauchsland	Schleswig-Holstein		Bund	
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %
Norwegen	329,6	9,8	2 353,3	1,3
Niederlande	307,1	9,1	18 262,4	10,2
Italien	274,7	8,2	14 979,5	8,4
Dänemark	264,5	7,9	4 045,8	2,3
Frankreich	257,5	7,7	23 132,4	13,0
Schweden	227,4	6,8	5 850,8	3,3
Großbritannien und Nordirland	220,4	6,6	8 399,9	4,7
USA	167,3	5,0	15 089,4	8,5
Belgien-Luxemburg	137,6	4,1	14 660,3	8,2
Schweiz	112,8	3,4	10 076,7	5,6
<b>Insgesamt</b>	<b>3 358,0</b>	<b>100</b>	<b>178 396,3</b>	<b>100</b>

höheren oder niedrigeren Anteil ist für keinen Erdteil festzustellen.

Der größte ausländische Abnehmer schleswig-holsteinischer Waren war im vergangenen Jahr Norwegen. Es importierte Waren im Werte von 330 Mill. DM. Der Wert der nach Norwegen ausgeführten Waren unterliegt starken jährlichen Schwankungen. So waren 1972 Waren im Werte von nur 59 Mill. DM ausgeführt worden. Der Grund für die schwankende Entwicklung der Ausfuhr ist die verschieden hohe Ablieferung von Schiffsneubauten. Besonders kraß war der Unterschied zwischen 1972 und 1973. Während 1972 überhaupt kein Wasserfahrzeug nach Norwegen ausgeführt wurde, belief sich der Wert der Wasserfahrzeuge 1973 auf 237 Mill. DM, das waren 71 % der gesamten Ausfuhr nach Norwegen. Aber auch ohne die Ausfuhr von Wasserfahrzeugen hat sich der Ausfuhrwert außergewöhnlich stark erhöht. Gegenüber 1972 betrug der Zuwachs 56,6 %.

Die Niederlande belegten im vergangenen Jahr Platz zwei. Dorthin wurden Waren im Werte von 307 Mill. DM ausgeführt. Das sind 12,0 % mehr als im Jahre 1972. Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Eisenwaren waren wieder die bevorzugten Importgüter dieses Landes. Mehr als 10 Mill. DM brachte auch die Ausfuhr von Milch, Papier und Pappe sowie Holzwaren ein.

Nach Italien gingen 1973 Waren im Werte von 275 Mill. DM. Gegenüber 1972 bedeutet dies eine Steigerung um 13,8 %. Italiens Nachfrage konzentrierte sich auf Maschinen, Fleisch und Fleischwaren, elektrotechnische Erzeugnisse, Roheisen, Ölfrüchte zur Ernährung und Milch.

Waren im Werte von 100 Mill. DM und mehr bezogen noch folgende 7 Länder: Dänemark (265 Mill. DM), Frankreich (258), Schweden (227), Großbritannien einschließlich Nordirland (220), die USA (167), Belgien-Luxemburg (138) und die Schweiz (113).

## Die Einfuhr

Der letzte Abschnitt ist der Einfuhr Schleswig-Holsteins gewidmet. Die Einfuhr wird nicht wie die Ausfuhr im Spezialhandel, sondern im Generalhandel dargestellt. Eine Gegenüberstellung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen ist deshalb nicht durchweg sinnvoll.

Mit für diese Darstellung ausreichender Genauigkeit kann man sagen, daß im Spezialhandel die Ware aus dem freien Verkehr des einen Landes in den freien Verkehr des anderen Landes geht. Der Generalhandel umfaßt außerdem auch noch Waren, die über ein Freihafen- oder Zollgutlager gehen. Von ihnen verläßt ein Teil wieder das Land, ohne dort in den freien Verkehr gelangt zu sein. Da diese Art des Handels aber nur bei bestimmten Waren möglich und wirtschaftlich ist, bewirkt dieser methodische Unterschied bei den meisten Warengruppen kaum eine Störung des Vergleichs.

Ein anderer Umstand hingegen wirkt sich stärker aus: Die Ausfuhr geht vom Herstellungs- zum Verbrauchsland. Dabei ist das Bundesland als Herstellungsland klar bestimmbar. In der Einfuhr ist nur die Bundesrepublik, nicht aber das Bundesland als Verbrauchsland erkennbar. Besonders bei Einfuhren durch Zwischenhändler über Hamburg und Bremen macht es sich bemerkbar, daß in der innerdeutschen Aufgliederung nur das Zielland angegeben werden kann. Wo die Ware endgültig verbraucht wird, kann bei der Einfuhr noch nicht gesagt werden.

Schleswig-Holstein führte im Jahre 1973 Waren im Werte von 3 396 Mill. DM ein. Das waren 16,0% mehr als ein Jahr zuvor. Auf Güter der Ernährungswirtschaft entfielen 816 Mill. DM. Hierzu trugen Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs 370 Mill. DM, Nahrungsmittel tierischen Ursprungs 253 Mill. DM, lebende Tiere und Genußmittel je 96 Mill. DM bei.

Die Einfuhr von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs bestand vor allem aus Getreide - hauptsächlich Gerste -, Gemüse und Obst sowie Ölkuchen. Fische und Fischzubereitungen, Fleisch und Fleischwaren sowie Käse sind die wichtigsten Posten der Nahrungsmittel tierischen Ursprungs. Daneben verdienen auch Honig und Butter Beachtung. Die Gruppe der lebenden Tiere setzt sich zu mehr als 95 % aus Schweinen und Rindvieh zusammen. Hopfen und Rohtabak sind die Hauptposten der Genußmittelfuhr.

Die Einfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft erreichte 1973 einen Wert von 2 581

Mill. DM. Auch bei der Einfuhr stehen Fertigwaren an der Spitze. Ihr Wert belief sich auf 1 615 Mill. DM. Davon entfielen auf End-erzeugnisse 1 224 Mill. DM. Der Wert der eingeführten Rohstoffe betrug 563 Mill. DM. Das Schlußlich bildeten die Halbwaren mit einem Einfuhrwert von 403 Mill. DM.

Innerhalb der Gruppe der Fertigwaren dominierten elektrotechnische Erzeugnisse, Maschinen, Wasserfahrzeuge sowie Papier und Pappe. Bei den Halbwaren standen Bau- und Nutzholz, Kraftstoffe und Schmieröle sowie Holzmasse und Zellstoff an der Spitze. Die Rohstoffeinfuhr bestand zu mehr als 50 % aus Erdöl. Erwähnenswert ist auch die Einfuhr von Steinkohle sowie von Eisenerzen.

Die 10 wichtigsten Herstellungsländer Schleswig-Holsteins 1973

Herstellungsländ	Schleswig-Holstein <sup>1)</sup>		Bund <sup>2)</sup>	
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %
Dänemark	706,8	20,8	2 124,2	1,5
Niederlande	411,0	12,1	20 706,9	14,2
Schweden	267,8	7,9	3 602,2	2,5
Frankreich	188,5	5,5	18 964,0	13,0
Saudi-Arabien	183,4	5,4	1 923,3	1,3
USA	169,2	5,0	12 222,6	8,4
Großbritannien und Nordirland	146,7	4,3	5 155,2	3,5
Finnland	144,5	4,3	1 080,8	0,7
Belgien-Luxemburg	139,5	4,1	14 219,3	9,8
Italien	129,2	3,8	14 040,5	9,7
Insgesamt	3 396,4	100	145 417,5	100

1) Generalhandel

2) Spezialhandel

Der wichtigste Handelspartner Schleswig-Holsteins auf der Lieferantenseite war wie immer Dänemark. Es exportierte nach Schleswig-Holstein Waren im Werte von 707 Mill. DM. Damit führte Dänemark 31,1 % mehr aus als im Jahre 1972. Den zweiten Platz hinter Dänemark nahm Holland ein. Die holländischen Exporte betragen 411 Mill. DM. Waren im Werte von mehr als 100 Mill. DM führten noch Schweden (268 Mill. DM), Frankreich (189), Saudi-Arabien (183), die USA (169), Großbritannien (147), Finnland (144), Belgien-Luxemburg (140) und Italien (129) aus.

Karlheinz König

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten G III 1 und G III 3 enthalten. Vergleiche auch: "Der Außenhandel Schleswig-Holsteins" in dieser Zeitschrift 1972, S. 134 (Juni) und "Außenhandel 1973" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 34 (Januar)

# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang . Heft 8 . August 1974

## Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
				Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 554	2 573	2 570	2 572	2 574	2 580	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 370	1 266	1 294	1 385	1 649	1 343	1 114	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,4	5,9	6,1	6,3	7,8	6,1	5,3	...	...
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 440	2 199	2 337	2 264	2 316	2 284	2 139	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	10,3	11,1	10,4	11,0	10,4	10,1	...	...
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 730	2 693	2 583	2 716	2 705	3 031	2 720	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,8	12,6	12,2	12,4	12,8	13,8	12,8	...	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	49	48	36	53	56	38	34	...	...
* je 1 000 Lebendgeborene		19,9	21,7	15,4	23,4	24,2	16,6	15,9	...	...
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 290	- 494	- 246	- 452	- 389	- 747	- 581	...	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 1,4	- 2,3	- 1,2	- 2,1	- 1,8	- 3,4	- 2,7	...	...
<b>Wanderungen</b>										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 527	8 280	8 586	7 918	8 089	...	...	...	...
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 530	6 468	6 299	5 371	5 685	...	...	...	...
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 997	+ 1 812	+ 2 287	+ 2 547	+ 2 404	...	...	...	...
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 400	10 318	10 064	8 888	8 661	...	...	...	...
Wanderungsfälle	Anzahl	25 456	25 066	24 949	22 177	22 435	...	...	...	...
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		168	165	166	142	147	...	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
*Arbeitslose	1 000	12	14	13	11	10	30	26	23	21
darunter *Männer	1 000	7	8	7	5	5	18	15	13	12
Offene Stellen	1 000	19	20	23	24	24	17	17	17	16
darunter für Männer	1 000	11	13	14	15	15	10	10	9	9
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 421 <sup>a</sup>	1 496 <sup>a</sup>	.	.	1 544	.	.	.	1 587
darunter *Milchkühe				.	.		.	.	.	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	498 <sup>a</sup>	504 <sup>a</sup>	.	.	484	.	.	.	490
*Schweine	1 000	1 598 <sup>a</sup>	1 659 <sup>a</sup>	.	.	1 703	.	1 714	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	161 <sup>a</sup>	168 <sup>a</sup>	.	.	162	.	174	.	.
darunter *trächtig	1 000	100 <sup>a</sup>	111 <sup>a</sup>	.	.	103	.	113	.	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	29	31	25	24	22	31	34	32	27
*Kälber	1 000 St.	2	1	2	1	1	2	2	2	1
*Schweine	1 000 St.	205 <sup>b</sup>	200	194	188	192	193	210	208	190
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	8 <sup>b</sup>	7 <sup>c</sup>	5	4	3	7	6	4	3
<b>*Schlachtungsmengen<sup>5)</sup> aus gewerblichen Schlachtungen</b>										
(ohne Geflügel)	1 000 t	23,7	24,2	22,5	21,7	21,6	23,4	25,6	25,1	22,7
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	7,2	8,0	6,6	6,3	5,7	7,9	8,6	8,1	7,1
*Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
*Schweine	1 000 t	16,3	16,1	15,7	15,3	15,7	15,3	16,8	16,7	15,3
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>										
Rinder (ohne Kälber)	kg	257	264	266	268	261	263	262	258	269
Kälber	kg	78	95	91	94	95	95	93	92	92
Schweine	kg	83	83	83	83	83	82	82	82	82
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>6)</sup>	1 000	518	515	618	630	517	648	470	526	540
*für Legehennenküken	1 000	877	879	1 065	993	816	1 011	947	976	1 183
*für Masthühnerküken										
*Geflügelfleisch <sup>7)</sup>	1 000 kg	843	825	752	865	832	699	816	821	666
<b>*Milcherzeugung</b>										
darunter *an Meiereien geliefert	1 000 t	178	181	232	243	216	228	237	248	225
	%	92	93	93	94	94	94	94	94	94
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,0	11,8	15,4	15,6	14,4	14,6	15,7	15,9	14,9

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

c) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

## noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Industrie und Handwerk</b>										
<b>Industrie<sup>8)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	188	187	187	186	186	187	187	187	187
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	139	138	137	137	137	137	137	137	136
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 242	22 249	22 347	22 903	22 018	22 181	22 043	22 275	20 761
*Löhne (brutto)	Mill. DM	185,9	208,6	193,5	208,5	207,5	200,5	232,9	234,8	225,2
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	85,0	97,5	91,0	93,3	99,3	100,6	111,3	111,5	115,4
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>9)</sup>	20	28	26	28	27	32	32	32	32
*Gasverbrauch (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,3	13,8	14,3	13,7	12,7	14,1	13,3	12,5	11,2
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4,0	3,5	3,4	3,7	3,6	3,1	3,0	2,6	2,4
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	9,4	10,3	10,9	10,1	9,1	11,0	10,3	9,9	8,8
*Heizölverbrauch	1 000 t	95	100	99	100	95	105	98	93	92
*leichtes Heizöl	1 000 t	20	21	24	20	15	23	19	17	15
*schweres Heizöl	1 000 t	75	79	75	80	79	82	79	76	76
*Stromverbrauch	Mill. kWh	165	177	180	179	166	186	178	182	170
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	36	33	33	31	38	32	33	31
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) <sup>10)</sup>	Mill. DM	1 273	1 439	1 362	1 591	1 447	1 809	1 639	1 721	1 772
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	200	242	227	372	254	481	285	401	359
<b>Produktionsindex (arbeitstäglich)</b>										
*Gesamtindustrie	1962=100	172	184	193	190	192	202	206	203	211
*Bergbau	1962=100	109	100	101	100	101	92	88	87	83
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	179	200	211	211	224	222	218	226	239
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	192	206	206	210	207	244	249	246	249
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	208	220	247	228	238	241	241	219	228
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	134	139	148	144	140	137	148	148	155
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	144	143	166	169	168	138	153	152	162
<b>Handwerk (Meßziffern)<sup>11)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970=100	97,0	96,7	.	.	95,9	92,3	.	.	92,0
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	126,7	132,2	.	.	125,7	102,4	.	.	127,3
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	266	290	302	245	218	406	316	241	206
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	545	582	574	538	482	656	570	566	505
*Gaserzeugung (brutto) (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	11	10	13	8	5	11	7	6	4
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)</b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 896	61 242	62 682	62 529	62 589	p55 346	p55 563	p55 531	p55 384
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 347	7 906	8 418	9 450	8 913	p 7 307	p 7 703	p 7 983	p 7 239
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 774	3 576	3 909	4 300	4 103	p 3 148	p 3 141	p 3 226	p 2 973
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 347	1 342	1 457	1 518	1 443	p 1 178	p 1 323	p 1 286	p 1 164
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 047	2 790	2 884	3 389	3 137	p 2 802	p 3 040	p 3 216	p 2 878
*Löhne (brutto)	Mill. DM	83,2	90,2	91,6	110,7	104,7	p 81,8	p 89,7	p 101,0	p 91,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	9,7	11,3	10,3	10,7	12,0	p 10,7	p 10,8	p 11,6	p 12,1
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	256,4	282,0	256,0	213,0	289,7	p 224,2	p 204,4	p 220,6	p 296,7

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	991	946	1 091	1 180	1 264	770	840	918	893
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	874	853	976	1 049	1 136	651	795	852	825
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 124	1 018	1 047	1 296	1 581	1 139	748	821	851
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	180 223	177 561	179 943	223 436	278 730	210 506	136 390	152 282	160 505
*Wohnfläche	1 000 qm	212	193	197	233	295	222	130	148	155
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	158	176	163	217	222	123	153	159	147
*umbauter Raum	1 000 cbm	716	775	848	869	892	485	490	518	505
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	79 651	90 227	80 427	117 909	107 593	71 707	54 990	76 218	64 797
*Nutzfläche	1 000 qm	126	141	145	157	168	88	81	98	95
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 854	2 305	2 359	2 857	3 967	2 981	1 415	1 795	1 898
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohnungen	Anzahl	2 629	2 937	1 168	831	1 079	745	853	845	863
Wohnräume 12)	Anzahl	10 797	11 336	4 557	3 186	4 318	3 202	3 621	3 744	3 785
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	251,0	279,8	234,6	405,0	212,4	314,9	309,1	437,0	274,6
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	27,2	32,5	29,3	36,9	26,0	45,0	53,6	47,2	31,1
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	223,8	247,3	205,2	368,1	186,4	269,8	255,5	389,8	243,6
davon *Rohstoffe	Mill. DM	4,8	5,9	5,7	5,6	5,3	8,7	7,3	8,0	6,1
*Halbwaren	Mill. DM	9,9	19,7	15,1	16,1	20,1	57,1	25,8	90,3	18,7
*Fertigwaren	Mill. DM	209,2	221,7	184,4	346,4	161,0	204,0	222,4	291,6	218,7
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	16,4	21,0	20,7	22,5	19,5	29,4	30,3	31,8	31,2
*Enderzeugnisse	Mill. DM	192,7	200,7	163,7	323,9	141,4	174,6	192,0	259,8	187,6
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	68,6	122,3	98,6	124,7	111,0	151,9	145,9	189,2	122,9
darunter Italien	Mill. DM	20,1	22,9	17,5	31,3	18,0	24,5	27,0	27,8	18,7
Niederlande	Mill. DM	22,8	25,6	25,2	26,3	23,4	37,6	28,8	32,8	26,5
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,3	22,0	16,5	21,5	23,7	33,0	27,1	49,9	22,0
Großbritannien	Mill. DM	40,3	18,4	9,3	10,1	14,1	16,0	23,6	34,4	19,4
*EFTA-Länder	Mill. DM	89,9	65,4	40,7	193,9	36,0	53,5	48,0	100,6	36,3
darunter Norwegen	Mill. DM	5,0	27,5	6,3	122,7	7,5	6,8	6,3	5,9	4,5
Schweden	Mill. DM	8,3	19,0	14,8	52,2	9,8	20,4	20,4	71,4	11,4
<b>Handel mit Berlin (West)</b>										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	124,7	133,6	130,2	134,3	136,9	129,8	139,3	142,3	...
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	111,5	119,2	106,6	114,4	161,5	101,2	126,9	131,4	174,4
<b>Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden</b>										
*Fremdenmeldungen	1 000	187	200	157	191	366	102	p 168	p 212	p 337
darunter *von Ausländsgästen	1 000	18	18	21	21	26	9	p 19	p 19	p 22
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 537	1 659	749	1 028	3 256	441	p 847	p 1 146	p 2 904
darunter *von Ausländsgästen	1 000	41	37	35	35	51	19	p 32	p 34	p 48
<b>Verkehr</b>										
<b>Seeschifffahrt 13)</b>										
Güterempfang	1 000 t	1 053	1 121	895	1 207	1 088	1 167	1 213	...	...
Güterversand	1 000 t	307	399	299	387	359	525	526	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
*Güterempfang	1 000 t	243	236	238	243	236	256	234	238	235
*Güterversand	1 000 t	362	327	287	378	356	275	304	331	318
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 122	7 522	10 231	9 393	8 156	7 988	8 186	7 925	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	63	92	198	169	144	133	185	148	...
*Personenkraftwagen 14)	Anzahl	7 234	6 693	9 205	8 276	7 271	7 035	7 296	7 132	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	445	386	464	516	405	364	378	349	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 502	1 428	1 388	1 524	1 751	1 063	1 167	1 374	p 1 358
*Getötete Personen	Anzahl	71	61	55	70	72	56	54	56	p 55
*Verletzte Personen	Anzahl	2 023	1 891	1 897	2 020	2 407	1 423	1 558	1 761	p 1 853

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
			Monats- durchschnitt <sup>d)</sup>	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen<sup>15)</sup></b>										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	20 540	23 133	21 153	21 426	21 821	23 603	23 557	23 740	24 135
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	19 793	22 352	20 501	20 764	21 138	22 800	22 792	22 954	23 339
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 466	4 903	4 570	4 621	4 880	5 146	5 068	5 060	5 391
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 430	4 882	4 537	4 587	4 855	5 120	5 043	5 041	5 364
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	36	21	33	34	25	26	25	19	27
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 794	2 068	1 796	1 825	1 837	2 017	2 023	2 034	2 041
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 698	1 925	1 680	1 699	1 697	1 879	1 883	1 895	1 905
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	96	143	116	126	140	139	140	139	135
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	13 533	15 382	14 135	14 318	14 421	15 637	15 702	15 860	15 907
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 525	12 934	12 026	12 192	12 269	13 187	13 249	13 385	13 424
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 007	2 448	2 109	2 126	2 152	2 450	2 452	2 474	2 483
*Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>16)</sup> von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 149	18 446	16 721	16 860	16 807	18 452	18 548	18 747	18 757
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 817	10 614	9 339	9 507	9 483	10 628	10 724	10 891	10 881
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 247	6 645	5 554	5 636	5 762	6 736	6 787	6 887	6 873
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 570	3 969	3 785	3 871	3 721	3 892	3 937	4 004	4 008
*Spareinlagen	Mill. DM	7 332	7 832	7 382	7 353	7 324	7 824	7 824	7 856	7 876
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 495	4 686	4 502	4 484	4 467	4 680	4 677	4 694	4 704
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	395	411	319	315	324	400	...	...	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	326	380	326	343	355	413	...	...	...
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	13	16	11	17	16	20	35	14	14
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,9	1,3	-	1	2	2	4	2	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	393	437	392	410	387	473	...	...	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,131	1,541	1,529	1,379	1,075	1,675	...	...	...
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	314 873	373 472	247 889	289 071	410 800	458 090	306 389	364 993	500 006
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	221 614	178 599	162 980	206 558	323 255	367 935	209 837	269 820	401 150
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	149 077	186 403	141 068	177 971	129 659	129 903	178 777	248 057	175 857
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 557	72 222	11 588	16 163	163 024	193 797	24 463	8 421	190 598
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 700	2 004	1 351	878	1 994	902	2 377	1 263	1 690
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	12 280	17 970	8 973	11 546	28 578	43 333	4 220	12 079	33 005
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	93 259	94 873	84 909	82 513	87 546	90 155	96 552	95 173	98 857
*Einkommensteuer	1 000 DM	69 991	68 131	57 747	58 939	56 879	56 934	59 037	59 663	64 993
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	23 268	26 742	27 161	23 574	30 667	33 221	37 515	35 509	33 864
*Bundessteuern	1 000 DM	101 340	116 332	122 558	116 867	133 583	130 177	122 617	110 349	121 464
*Zölle	1 000 DM	10 910	10 676	10 260	11 050	11 085	10 001	10 545	10 518	9 873
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	85 163	99 163	107 679	100 416	113 859	110 243	106 338	93 502	101 215
*Landessteuern	1 000 DM	28 267	30 039	26 006	40 224	23 732	28 920	27 472	41 936	27 257
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 700	573	14 160	736	3 972	1 681	16 114	1 896
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	16 236	17 414	18 801	18 195	16 206	18 280	19 887	19 571	15 607
*Biersteuer	1 000 DM	1 018	951	852	926	1 040	723	699	1 043	1 117
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	156 174 <sup>+</sup>	187 078 <sup>+</sup>	.	.	181 627 <sup>r</sup>	182 093	.	.	...
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 177 <sup>+</sup>	7 114 <sup>+</sup>	.	.	8 111 <sup>r</sup>	6 969	.	.	...
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	24 119 <sup>+</sup>	26 496 <sup>+</sup>	.	.	25 568 <sup>r</sup>	26 383	.	.	...
*Gewerbsteuer										
nach Ertrag und Kapital (brutto) <sup>20)</sup>	1 000 DM	97 117 <sup>+</sup>	121 447 <sup>+</sup>	.	.	115 975 <sup>r</sup>	113 635	.	.	...
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 210 <sup>+</sup>	15 929 <sup>+</sup>	.	.	15 257 <sup>r</sup>	18 032	.	.	...
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften</b>										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	257 467	296 497	270 300	235 818	331 627	348 283	297 542	250 814	358 658
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	88 868	110 391	70 804	65 318	141 140	161 309	90 692	80 507	174 910
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	60 653	61 668	55 191	53 633	56 905	56 798	60 828	59 959	62 280
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	21 747	-	-	-	23 406	-	-
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	201 260	232 862	173 441	209 183	187 797	257 139	203 904	254 302	239 083
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	102 089	129 683	70 804	109 018	141 140	161 309	90 692	145 266	174 936
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	64 297	65 034	54 883	59 940	22 925	66 910	62 334	67 099	36 890
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	21 747	-	-	-	23 406	-	-
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	207 218 <sup>+</sup>	250 030 <sup>+</sup>	.	.	245 053 <sup>r</sup>	208 686	.	.	...
*Gewerbsteuer										
nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>22)</sup>	1 000 DM	57 480 <sup>+</sup>	72 809 <sup>+</sup>	.	.	72 452 <sup>r</sup>	101 086	.	.	...
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	90 682 <sup>+</sup>	111 589 <sup>+</sup>	.	.	106 948 <sup>r</sup>	39 142	.	.	...

Fußnoten siehe Rückseite

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
			Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>Preise</b>										
<b>Preisindexziffern im Bundesgebiet</b>										
Index der Einfuhrpreise	1970=100	99,8	112,6	109,8	111,8	112,0	146,0	145,2	...	...
Index der Ausfuhrpreise	1970=100	105,5	112,3	111,1	111,7	111,9	128,3	129,8	...	...
Grundstoffpreise 23)	1962=100	108,9	120,3	117,4	118,1	118,9	143,3	144,0	144,4	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 23)	1962=100	116,1	123,8 <sup>f</sup>	122,2	122,8	123,4	136,9	138,3	140,0	140,2
landwirtschaftlicher Produkte 23)	1961/63=100	106,5 <sup>e</sup>	118,7 <sup>f</sup>	124,9	125,8	122,3	118,0	114,5	p 113,7	p 113,0
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 24)	1962=100	174,3	187,1	.	188,5	.	.	.	202,2	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 23)	1962/63=100	116,5 <sup>e</sup>	127,3 <sup>f</sup>	131,5	134,5	138,2	143,5	143,0	142,6	142,4
Einzelhandelspreise	1962=100	123,7	131,6	130,7	131,4	132,2	138,5	139,9	141,1	142,2
*Preisindex für die Lebenshaltung 25)	1970=100	111,1	118,8	117,5	118,2	119,0	125,2	125,9	126,7	127,2
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	109,7	118,0	118,0	119,1	119,9	122,3	123,4	124,3	124,8
Kleidung, Schuhe	1970=100	112,3	120,7	119,3	120,0	120,5	127,3	128,5	129,0	129,3
Wohnungsmieten	1970=100	112,5	119,2	118,1	118,6	119,0	123,8	124,2	124,7	125,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	110,1	128,2	117,3	119,3	122,9	150,1	143,5	144,8	144,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	109,7	114,3	113,7	114,2	114,4	120,8	121,4	122,0	122,8
<b>Löhne und Gehälter 26)</b>										
<b>Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	369	402	398	.	.	.	...	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	390	426	420	.	.	.	...	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	218	241	234	.	.	.	...	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	210	232	227	.	.	.	...	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	8,32	9,11	8,96	.	.	.	...	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	8,84	9,67	9,46	.	.	.	...	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	5,38	5,98	5,81	.	.	.	...	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,21	5,75	5,63	.	.	.	...	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,4	44,0	44,4	.	.	.	...	.	.
weibliche Arbeiter	Std.	40,5	40,2	40,3	.	.	.	...	.	.
<b>Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>										
<b>in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 792	2 009	1 957	.	.	.	...	.	.
*weiblich	DM	1 194	1 355	1 321	.	.	.	...	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 923	2 196	2 139	.	.	.	...	.	.
*weiblich	DM	1 218	1 321	1 284	.	.	.	...	.	.
<b>in Handel, Kredit und Versicherungen</b>										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 533	1 796	1 789	.	.	.	...	.	.
*weiblich	DM	953	1 129	1 096	.	.	.	...	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 704	1 708	1 719	.	.	.	...	.	.
weiblich	DM	(1 112)	1 384	.	.	.	.	...	.	.
<b>in Industrie und Handel zusammen</b>										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 615	1 861	1 841	.	.	.	...	.	.
weiblich	DM	1 019	1 184	1 150	.	.	.	...	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 909	2 151	2 102	.	.	.	...	.	.
weiblich	DM	1 213	1 325	1 285	.	.	.	...	.	.

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) 3 Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen

19) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969      Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

e) Wirtschaftsjahr 1971/72 (Juli - Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli - Juni)



# Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>2)</sup>			
	zum Bau genehmigte Wohnungen <sup>1)</sup>	fertiggestellte Wohnungen <sup>1)</sup>		Bestand an Wohnungen	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1969	28	23	24	868	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw <sup>3)</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	...	27,1

Jahr	Steuern								Neuverschuldung <sup>5)</sup>			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 865	590	867	1 714	1 081	481	850	342	2 615	1 734	1 209
1971	2 730	2 067	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 992	1 428
1972	3 087	2 448	829	1 117	2 455	1 609	703	1 022	445	3 326	2 286	1 675
1973	3 558	2 794	1 000	1 138	3 047	1 974	867	1 190	550	3 620	2 562	1 923

Jahr	Preisindices im Bundesgebiet				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude 1962=100	für die Lebenshaltung <sup>6)</sup> 1970=100	Industriearbeiter <sup>9)</sup>		Angestellte in Industrie <sup>9)</sup> und Handel		öffentlicher Dienst			
	industrieller Produkte <sup>7)</sup>	landwirtschaftlicher Produkte <sup>7)8)</sup>			Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt <sup>10)</sup>			
	1962=100	1961/63 =100	insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokrant)		
	DM											
1969	101,5	106,2	96,7	97,7	259	157	1 208	758	1 398	1 474	1 005	
1970	107,5	98,1	100	100	297	178	1 329	839	1 572	1 608	1 152	
1971	112,5	106,5	105,3	103,8	337	198	1 484	938	1 755	1 744	1 257	
1972	116,1	118,7	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334	
1973	123,8	...	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448	

1) Errichtung neuer Gebäude  
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen  
 3) ohne Kassenkredite  
 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer  
 5) einschließlich Hoch- und Tiefbau

6) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)  
 7) ohne Postspareinlagen  
 8) alle privaten Haushalte  
 9) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni  
 10) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

# Kreiszahlen

KREISFREIE STADT  Kreis  (Stand nach der Gebietsreform vom 24. 3. 1974)	Bevölkerung am 31. März 1974			Bevölkerungsveränderung im März 1974							
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)					
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)								
		in %									
FLENSBURG	95 239	-	0,1	-	0,7	-	35	-	18	-	53
KIEL	264 902	-	0,2	-	0,9	-	167	-	363	-	530
LÜBECK	235 463	-	0,1	-	0,7	-	126	-	47	-	173
NEUMÜNSTER	86 211	-	0,0	-	0,3	-	27	-	6	-	21
Dithmarschen	132 724	-	0,0	-	0,6	-	46	-	6	-	52
Hzgt. Lauenburg	150 208	-	0,0	+	1,4	-	43	-	31	-	12
Nordfriesland	161 444	-	0,1	+	0,7	-	16	-	130	-	146
Ostholstein	185 730	+	0,0	+	0,3	-	68	-	153	-	85
Pinneberg	252 566	+	0,1	+	0,6	-	7	-	174	-	181
Plön	113 114	-	0,0	+	1,2	-	22	-	21	-	43
Rendsburg-Eckernförde	234 447	+	0,0	+	1,2	-	66	-	159	-	93
Schleswig-Flensburg	175 747	+	0,1	+	0,5	-	78	-	196	-	118
Segeberg	189 354	+	0,3	+	3,0	-	10	-	639	-	649
Steinburg	132 267	-	0,1	-	0,3	-	61	-	65	-	126
Stormarn	170 292	+	0,1	+	1,5	-	9	-	225	-	216
Schleswig-Holstein	2 579 708	+	0,0	+	0,5	-	747	-	933	-	186

KREISFREIE STADT  Kreis  (Stand nach der Gebietsreform vom 24. 3. 1974)	Industrie <sup>2)</sup>			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juni 1974 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31. 5. 1974	Beschäftigte am 31. 5. 1974	Umsatz <sup>3)</sup> im Mai 1974  Mill. DM	Unfälle	Getötete <sup>4)</sup>	Verletzte
FLENSBURG	59	8 976	70	34	1	43
KIEL	142	30 312	184	126	1	158
LÜBECK	139	28 339	226	125	2	162
NEUMÜNSTER	74	10 631	59	60	-	73
Dithmarschen	63	6 352	186	63	4	89
Hzgt. Lauenburg	98	9 295	57	71	2	91
Nordfriesland	46	2 368	41	92	3	134
Ostholstein	77	6 448	54	129	7	182
Pinneberg	237	23 931	205	114	3	137
Plön	43	2 650	22	68	9	89
Rendsburg-Eckernförde	130	11 656	89	124	5	177
Schleswig-Flensburg	68	4 511	74	96	8	150
Segeberg	182	15 336	135	108	4	139
Steinburg	97	10 532	101	53	5	80
Stormarn	137	15 902	217	95	1	149
Schleswig-Holstein	1 592	187 239	1 721	1 358	55	1 853

1) nach dem Gebietsstand vom 31. März 1974

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

4) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 ú. 11

# Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1973			Offene Stellen am 31. 5. 1974 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Mai 1974			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 4. 1974	Rindvieh am 3. 12. 1973	
		VZ 1961	31. 12. 1972						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 580	+ 11,3	+ 0,6	17	248	94,1	15,9	1 714	1 496	504
Hamburg	1 752	- 4,4	- 0,8	15	2	97,1	14,9	14	16	4
Niedersachsen	7 259	+ 9,3	+ 0,6	35	503	92,6	16,0	6 083	2 921	1 032
Bremen	729	+ 3,2	- 0,7	6	2	85,2	15,3	7	17	5
Nordrhein-Westfalen	17 246	+ 8,4	+ 0,3	102	311	96,2	14,4	4 532	1 927	696
Hessen	5 584	+ 16,0	+ 0,9	35	138	84,3	13,5	1 478	897	328
Rheinland-Pfalz	3 701	+ 8,3	+ 0,3	17	94	86,8	12,1	727	693	250
Baden-Württemberg	9 239	+ 19,1	+ 0,9	64	230	81,4	10,5	2 219	1 848	707
Bayern	10 853	+ 14,1	+ 0,7	60	652	87,9	10,9	4 513	4 471	1 931
Saarland	1 112	+ 3,7	- 0,6	4	12	82,5	13,4	69	75	28
Berlin (West)	2 048	- 6,8	- 0,7	13	0	23,9	15,3	8	2	1
Bundesgebiet	62 101	+ 10,5	+ 0,5	367	2 191	89,9	12,9	21 363	14 364	5 487

Land	Industrie <sup>1)</sup>				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im März 1974			
	Beschäftigte am 30. 4. 1974 in 1 000	Umsatz <sup>2)</sup> im April 1974		Produktions-index <sup>3)</sup> 1962=100 im April 1974	Beschäftigte am 31. März 1974		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands-umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	187	1 639	17	206	55	21	2 981	11,6	745	2,9
Hamburg	190	2 244	17	130	38	22	970	5,5	606	3,5
Niedersachsen	766	6 278	26	160	160	22	3 380	4,7	2 174	3,0
Bremen	101	961	13	.	19	26	237	3,3	191	2,6
Nordrhein-Westfalen	2 527	21 282	24	.	346	20	8 374	4,9	7 841	4,5
Hessen	718	4 763	27	192	126	23	3 776	6,8	1 048	1,9
Rheinland-Pfalz	400	3 633	30	278	80	22	1 986	5,4	1 000	2,7
Baden-Württemberg	1 554	10 355	24	193	220	24	5 953	6,4	4 913	5,3
Bayern	1 375	9 032	23	.	254	23	7 835	7,2	5 897	5,4
Saarland	163	1 121	36	.	21	19	531	4,8	232	2,1
Berlin (West)	229	1 615	12	.	40	19	938	4,6	641	3,1
Bundesgebiet	8 210	62 923	24	186	1 359	22	36 961	6,0	25 288	4,1

Land	*Kfz-Bestand <sup>4)</sup> am 1. Januar 1974			Straßenverkehrsunfälle <sup>6)</sup> mit Personenschaden im April 1974				Bestand an Spar-einlagen am 30. 4. 1974 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen			
	ins-gesamt in 1 000	Pkw <sup>5)</sup>		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		in DM je Einwohner	des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner							im 1. Vierteljahr 1974		
										in DM je Einwohner		
Schleswig-Holstein	839	707	274	1 167	54	1 558	138	3 033	282	363	...	
Hamburg	530	481	275	846	18	1 137	137	5 678	484	1 909	...	
Niedersachsen	2 375	1 981	273	3 082	142	4 133	139	3 756	273	268	...	
Bremen	215	193	265	366	7	427	119	4 333	371	1 119	...	
Nordrhein-Westfalen	5 161	4 588	266	7 181	221	9 499	135	4 359	317	439	...	
Hessen	1 903	1 634	293	2 625	102	3 628	142	4 844	337	446	...	
Rheinland-Pfalz	1 247	1 024	277	1 735	68	2 448	145	3 996	275	319	...	
Baden-Württemberg	3 138	2 642	286	3 913	187	5 485	145	4 526	335	431	...	
Bayern	3 755	2 995	276	4 660	221	6 604	146	4 618	286	339	...	
Saarland	336	298	268	502	15	701	143	3 693	269	302	...	
Berlin (West)	501	454	222	1 051	17	1 305	126	3 927	250	575	...	
Bundesgebiet	20 087 <sup>a)</sup>	17 036 <sup>a)</sup>	274	27 128	1 052	36 925	140	4 336	309	442	...	

\*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

7) ohne Postspareinlagen

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

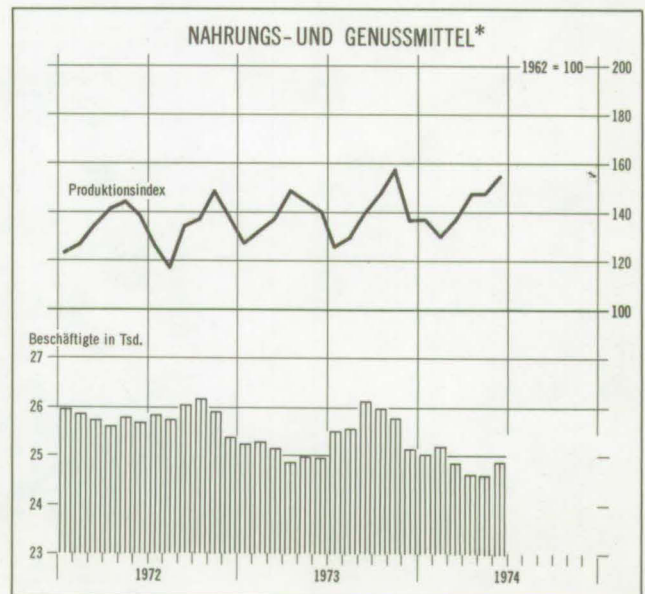
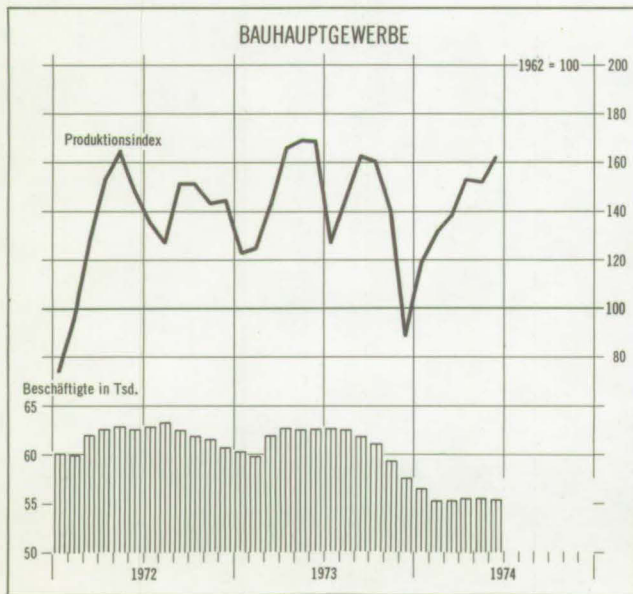
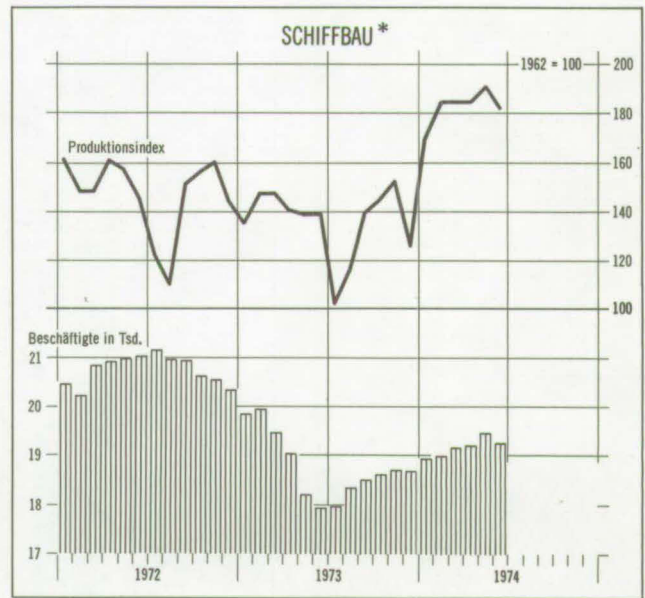
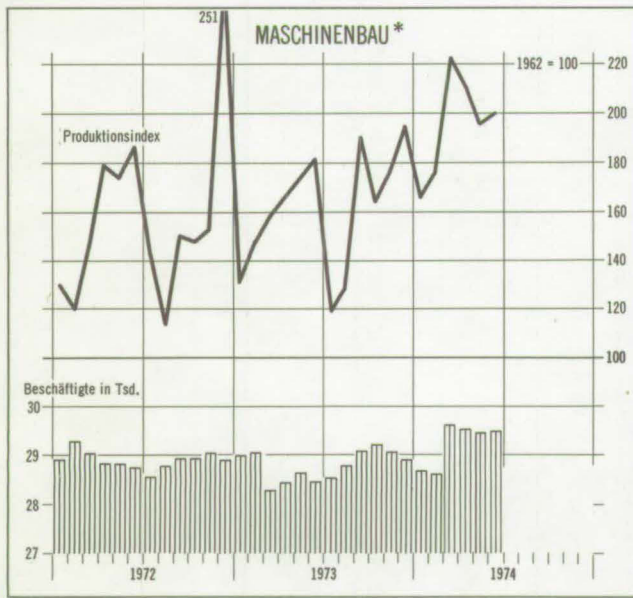
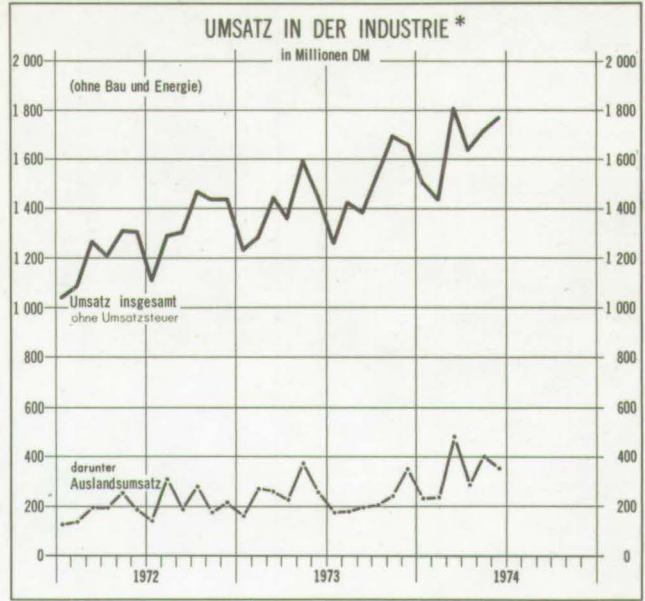
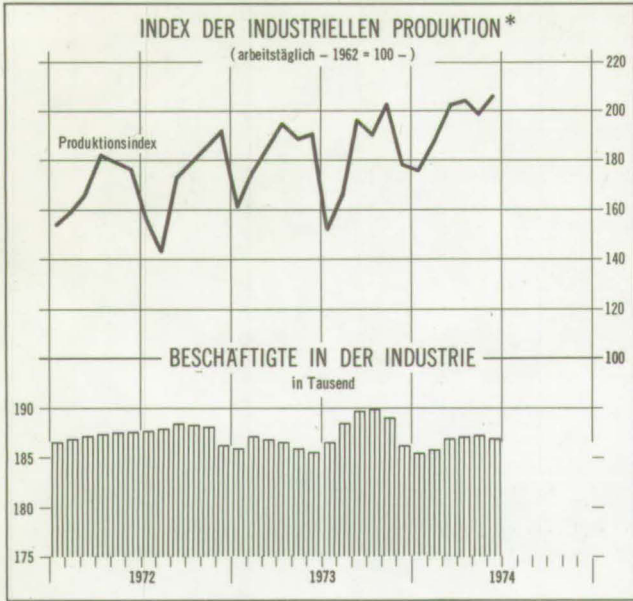
a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

# Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

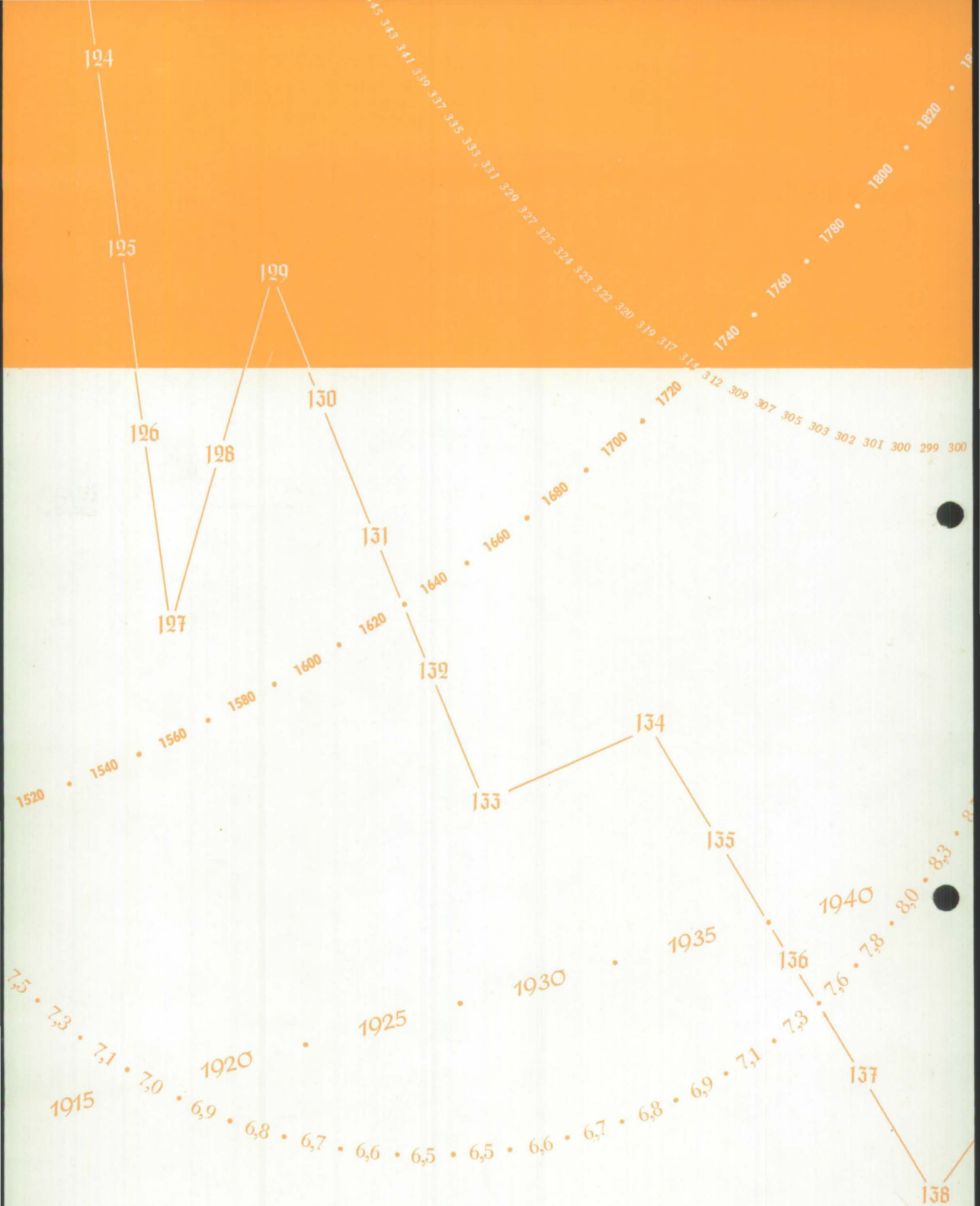
	Heft/Seite
<b>Gesundheitswesen</b>	
Gesundheitswesen . . . . .	5/105
<b>Bildung und Kultur</b>	
Fachhochschulstudenten . . . . .	3/56
<b>Wahlen</b>	
Kommunalwahl 1974	
(Teil 1: Kreisergebnisse) . . . . .	5/98
(Teil 2: Ergebnisse für Bundes- und Landtagswahlkreise) . . . . .	6/123
(Teil 3: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht) . . . . .	7/142
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>	
Arbeitskräfte Landwirtschaft . . . . .	4/89
Baumschulen . . . . .	4/92
Betriebssysteme Landwirtschaft . . . . .	1/9
Zur Getreideernte 1973 . . . . .	2/33
<b>Unternehmen und Arbeitsstätten</b>	
Kapitalgesellschaften . . . . .	2/43
<b>Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft</b>	
Industrielle Kleinbetriebe . . . . .	4/94
Investitionen 1972 . . . . .	4/78
Verarbeitende Industrie . . . . .	6/126
<b>Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen</b>	
Auftragslage im Baugewerbe . . . . .	1/18
Bauhauptgewerbe . . . . .	3/63
Hochbau 1973 . . . . .	7/145
<b>Handel und Gastgewerbe</b>	
Einzelhandelsumsätze . . . . .	4/95
<b>Verkehr</b>	
Güterumschlag in den Häfen . . . . .	2/37
Straßenverkehrsunfälle . . . . .	5/115
<b>Öffentliche Finanzen</b>	
Lohnsteuerpflichtige . . . . .	2/48
Umsätze 1972 . . . . .	4/81
Vermögensteuer . . . . .	3/66
Versteuerte Brottөлöhne 1971 . . . . .	7/157
<b>Preise</b>	
Preisindex für die Lebenshaltung . . . . .	6/132
<b>Löhne und Gehälter</b>	
Verdienste im Vergleich . . . . .	7/153
Zur Reallohnentwicklung . . . . .	2/26
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>	
Bruttoinlandsprodukt . . . . .	3/51
Bruttoinlandsprodukt, Kreise . . . . .	1/3
Wirtschaftliches Wachstum 1973 . . . . .	4/75

# SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



\*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11  
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey  
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750  
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM  
 — Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —  
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen